AZA FLEX 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 14 | 19. NOVEMBER 2026 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work



Dominique Hodel: Eine Überlebende kämpft gegen Femizide. Seite 7

Just Streik!



FOTOS: MANU FRIEDERICH / FRANZISKA ROTHENBÜHLER / SHUTTERSTOCK

Genug ist genug!
Aufstand der Rider gegen Massenentlassung in die Scheinselbständigkeit.
Seiten 2–3

Die Renten-Nebelmaschine
Wie Täuscher, Trickser und Träumer unsere AHV gefährden und wer sie dafür bezahlt. Seiten 10–11

Das war der SGB-Kongress
Entschlossen für mehr Kaufkraft und gesündere Arbeit. Seiten 8–9

Krankenkassen: Das grosse Quiz
Mindestfranchise und Telmed, Selbstbehalt und Prämienrechner. Wie gut wissen Sie Bescheid? Seiten 18–19





workedito
Anne-Sophie Zbinden

GESCHÜTTELT, GERÜHRT UND PÜNKTLICH GELIEFERT

Der britische Schauspieler Robert Pattinson wird der neue James Bond. Das war dem SRF sogar eine Push-Meldung wert. Nicht so hingegen der Streik der Just-Eat-Kurierinnen und -Kuriere. Zugegeben, auf den ersten Blick haben die beiden News ungefähr so viel gemeinsam wie Martini und Pizza. Doch immerhin: Bond und die Kuriere alleine unterwegs in gefährlichem Terrain, ständig auf Mission und unter Zeitdruck. Der eine rettet die Welt, die anderen das Abendessen.

Die streikenden Just-Eat-Rider sind die wahren Heldinnen und Helden.

RISIKOFREUDE. *Bond erhält für seine Heldentaten Ruhm und Ehre. Die Just-Eat-Kuriere bestenfalls einen neuen Auftrag. Bei beiden geht es um Risiko und Freiheit. Jedoch mit umgekehrten Vorzeichen: Bond ist risikofreudig bis zur Waghalsigkeit. Als Einzelkämpfer liebt er die Freiheit. Die Kuriere hingegen will Just-Eat-Firmenchef Lukas Streich dazu zwingen, die unternehmerischen Risiken zu tragen, eine ungewollte Freiheit in Form von Scheinselbständigkeit.*

SUPERTANKER. *Im sehr unwahrscheinlichen Fall, dass Just Eat mit einem Bond-Film verschmelzen würde, könnte Streich die Rolle des Bösewichts zufallen. Vielleicht so eine Art Karl Stromberg aus «Der Spion, der mich liebte». Stromberg ist Reedereigigant und lässt seinen Supertanker Liparus U-Boote verschlucken. Bei Just Eat schluckt ein Supertanker namens Uber-Modell das gesicherte Einkommen und die Sozialleistungen der Kurierinnen und Kuriere. Beide Tanker bewegen sich ausserhalb des gesetzlichen Rahmens.*

BÖSEWICHTE. *Für Bond ist klar: er amtet im Namen «Ihrer Majestät». Und wird dafür auch entsprechend ausgerüstet. Mit einem Aston Martin, technischem Schnickschnack, Luxusuhren. Sein Auftraggeber: der britische Geheimdienst. Die Kurierinnen und Kuriere sollen Rad, Rucksack und Regenjacke künftig selber besorgen. Ihre Auftraggeberin: die App. Denn Just Eat will sich aus der Verantwortung stehlen wie manche Bond-Bösewichte mit ihren Spaceshuttles ins All.*

HELDINNEN. *Natürlich ist Bond als Macho mit Allmachtsfantasien im Grunde alles andere als ein Held. Ganz im Gegensatz zu den mutigen Kurierinnen und Kurieren, die sich mit Streiks und Protesten gemeinsam gegen ihren «Bösewicht» wehren. Sie sind die wahren Heldinnen und Helden im Kampf gegen die Übermacht der Plattformökonomie.*

WELTALL. *Bond-Produzentin Amazon MGM Studios macht mit einem Leinwandhelden Kasse, der die Welt mit zweifelhaften Methoden rettet. Die Produktionsfirma ist eine Tochter des Onlinehändlers Amazon, berüchtigt für seine ausbeuterischen Arbeitsbedingungen. Chef von Amazon ist Gewerkschaftshasser Jeff Bezos. Und damit schliesst sich der Kreis zwischen Realität und Fiktion. Denn Bezos hat durchaus das Zeug zum Bond-Bösewicht: Er ist schier unendlich reich und mächtig. Er besitzt die «Washington Post». Zu seinem Imperium gehören Blue Origin und Altos Labs. Das erste Unternehmen fördert die dauerhafte menschlichen Präsenz im Weltall, das zweite arbeitet an biologischer Verjüngungstechnologie.*

LIZENZ. *Bond hat die Lizenz zum Töten. Die Kuriere die Lizenz zum Liefern. Bond lässt Amazons Kassen noch mehr klingeln. Und das will Just Eat mit scheinselbständigen Kurierinnen und Kurieren auch. Willkommen im Neoliberalismus. Geschüttelt, gerührt und pünktlich geliefert.*



JUST FIRED: *Die Fahrerinnen und Fahrer von Just Eat wehren sich auf der Strasse, wie hier bei der Demo in Bern.* FOTO: MANU FRIEDERICH

Streiks nach Massenentlassung bei Kurierfirma Just Eat:

Wenn die Rider es wollen, hören die Räder auf zu rollen

Der Kurierdienst Just Eat will über die Hälfte seiner 700 Rider entlassen und als Scheinselbständige weiterarbeiten lassen. Doch das lassen sich die Kurierinnen und Kuriere nicht bieten: sie streiken! Trotz wüsten Drohungen des Konzerns.

JONAS KOMPOSCH

Vollgas geben – das ist das tägliche Brot der Just-Eat-Kurierinnen und -Kuriere. Doch in St. Gallen galt am letzten Freitag das Gegenteil: «Alle Räder stehen still!» Das zumindest forderten die gewerkschaftlich aktiven Just-Eat-Riderinnen und -Rider in St. Gallen. Zuvor hatten Rider in Zürich, im Glatttal und in Bern protestiert. Der Protest ist mutig. Denn Just Eat droht allen Streikenden mit

«Wie soll ich künftig meine Familie ernähren?»

JUST-EAT-FAHRER OMAR (27)

der fristlosen Entlassung. Doch in St. Gallen zeigte sich die Mehrheit unbeeindruckt. Von rund 25 Direktangestellten haben 16 für den Streik votiert.

Mitten in der belebten Altstadt schlug die Unia ein Infozelt auf, Streikende verteilten Flyer an Passantinnen, und Gewerkschafter kochten Tee gegen die klirrende Kälte. Streik in St. Gallen! «Das gab es schon seit Jahrzehnten nicht mehr», sagt Danijela Dragicevic, Leiterin kollektive Mitgliederbewegung bei der Unia Ostschweiz-Graubünden. Aber aussergewöhnlich sei halt auch der Kampf, den die Rider jetzt führen müssten. Ihnen drohe nichts weniger als der direkte Gang in die Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit (siehe Text rechts).

FAMILIENVÄTER VOR DEM NICHTS

Fahrer Omar (27) steht mit Frau und Tochter am Streikposten und sagt: «Das ist einfach nicht mehr human, das ist verrückt!» Als Vater sei er auf ein regelmässiges Einkommen und geordnete Arbeitszeiten angewiesen. Um seine Zukunft mache er sich grosse Sorgen: «Wie soll ich künftig meine Familie ernähren?» Auch der Italiener Giuseppe (45) hat eine Tochter. Dass er bald als Scheinselbständiger à la Uber unterwegs sein soll, will er nicht hinnehmen. Nur schon des Lohns wegen: «Ich habe früher selbst für Uber Eats gearbeitet und kam gerade mal auf fünf Franken pro Stunde!»

Dann tritt Fahrer Nico dazu. Er zückt sein Handy. Soeben sei eine Nachricht von Just Eat reingekommen. Er liest vor: «Hallo Nico, wir haben neue Open Shifts veröffentlicht. Schau am besten schnell in deiner App vorbei.» Open Shifts sind Schichten, die alle Rider ausserplanmässig annehmen können. Für Nico ein klares Zeichen: «Der Streik wirkt! Sie haben zu wenig Leute.»

Die Wirkung zeigt sich nicht zuletzt bei den Streikbrechern. Einer, der zufällig am Streikposten vorbeifährt, wird prompt von einigen Kollegen angehalten und freundlich, aber bestimmt zur Rede gestellt. «Warum hilfst du uns nicht?» fragt einer. «Weil ich das Geld brauche!» kommt es zurück. «Aber das ist doch zu kurz gedacht! Und ausserdem gibt es Streikgeld», argumentieren die Aktiven. Nichts zu machen, zu gross ist die Angst. Zu work sagt der Fahrer aber: «So viel Stress wie heute hatte ich noch nie.»

STREIKBRECHER WEISS VON NICHTS

Auf einem Elektroroller kommt ein junger Mann herangebraust und nimmt direkt neben dem Streikposten eine Lieferung entgegen. Warum er nicht streike, will work wissen. «Ich habe heute meinen allerersten Arbeitstag!» Tatsächlich glänzt seine Jacke in nigelnagelneuem Firmenorange. Heuert Just Eat wirklich neues Personal an, obwohl bald alle geschasst werden? Für eine Anfrage war die Firma nicht erreichbar. Der Fahrer jedenfalls versichert: «Ich habe erst vor ein paar Tagen beim Temporärbüro Randstad unterschrieben. Von einer Massenentlassung höre ich zum ersten Mal.»

«WIRTSCHAFTLICHE KRIMINALITÄT»

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat an seinem Kongress (siehe Seiten 8 und 9) den Streikenden seine Solidarität ausgesprochen und eine Resolution verabschiedet, in der er die konsequente Durchsetzung des geltenden Rechts fordert. Für SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard ist der Streik die angemessene Antwort auf den Zynismus des Unternehmens, das alles versuche, um das Gesetz nicht zu respektieren. Er sagt: «Eine Gesetzeswidrigkeit ist eine Gesetzeswidrigkeit und muss bestraft werden. Auch wenn sie von einem grossen Unternehmen kommt. Der Staat kann die wirtschaftliche Kriminalität nicht mehr tolerieren.»

Die Unia hat eine **Petition lanciert** und fordert:
- Die Kantone müssen die **Scheinselbständigkeit stoppen** und die Gesetze endlich durchsetzen.
- Das **Seco als Aufsichtsbehörde** muss diese illegalen Geschäftsmodelle verhindern.

Jetzt unterschreiben: **rebrand.ly/petition-plattformen**

13 Jahre illegale Uberei

Die Massenentlassung bei Just Eat ist eine Folge des Gebarens von Uber in der Schweiz. Lukas Streich, Chef von Just Eat Schweiz, will es gleich machen wie der grosse US-Konkurrent. In einem Interview mit den Tamedia-Zeitungen sagt Streich unverblümt: «Mit dem Angestelltenmodell können wir nach Mitternacht gar keine Lieferungen anbieten, dies verbietet das Arbeitsgesetz. Mit dem Selbständigenmodell hingegen ist es uns möglich, rund um die Uhr Bestellungen auszuliefern.» Für die Einführung eines solchen Modells gibt es aber keine juristischen Grundlagen. Das zeigt auch ein Blick auf die Geschichte von Uber in der Schweiz.

UBER KOMMT. Im Sommer 2013 lancierte der US-Konzern seinen Taxidienst in der Schweiz. Fünf Jahre später kurvten auch erste Uber-Eats-Kurierinnen durch die Strassen von Genf. Heute sind die Fahrer mit ihren grünen Taschen in fast allen Schweizer Städten präsent. Das Problem des Uber-Modells: Es ist kriminell. Feriengeld, Feiertagsentschädigungen, Unfallversicherung und Arbeitgeberbeiträge für die AHV werden im illegalen Modell der Scheinselbständigkeit unterschlagen.

BUNDESGERICHT. Bereits 2022 urteilte das Bundesgericht: Fahrerinnen und Fahrer des Taxidienstes Uber sind Angestellte und keinesfalls selbständig. Die Begründung: Die Aufträge werden über die App verteilt, und der Algorithmus bestimmt, welche Personen einen Auftrag erhalten und welche Preise gelten. Auch die Kurierinnen und Kuriere des Lieferdienstes Uber Eats sind Arbeitnehmende, hielt das Bundesgericht in einem zweiten Urteil fest. Auch die Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich zog mit Uber bis vors Bundesgericht. Das Urteil: Uber musste AHV-Beiträge inklusive Verzugszinsen rückwirkend ab 2014 nachzahlen.

GEFORDERT. Doch das war nicht das Ende der Streitigkeiten. Uber will seinen Status als Arbeitgeber bis heute nicht anerkennen und setzt auf eine Strategie der geringfügigen Anpassung des Geschäftsmodells. Dies machte eine erneute juristische Beurteilung der Fälle nötig. Kurt Pärli, Professor für soziales Privatrecht in Basel, ordnet dieses Gebaren ein: «Wenn Uber Eats die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) ändert, heisst dies keineswegs, dass die kantonalen Behörden untätig sein dürfen. Gerade dann müssen sie prüfen, ob die Kuriere Arbeitnehmerstellung haben.» Auch das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), das die Oberaufsicht über die Einhaltung der Arbeitsgesetze hat, sei gefordert.

WAADT UND GENF. Dass es auch anders geht, zeigen die Kantone Waadt und Genf. Dort muss sich Uber an die Gesetze halten. Das Resultat: Statt direkt anzustellen, liess der Konzern die Fahrerinnen über eine Drittfirma anheuern. Im Kanton Genf ist diese Firma jetzt dafür zuständig, dass die Fahrer den Genfer Mindestlohn von 24 Franken 70 pro Stunde erhalten und sozialversicherungsrechtlich abgedeckt sind. Das hat Folgen bei Just Eat: Im Kanton Waadt und in Genf gibt es bei Just Eat keine Entlassungen, und die Fahrer bleiben angestellt.

SCHWEIZ SCHAUT WEG. Weiter fortgeschritten ist die Regulierung von Uber und Co. in den EU-Ländern. Der Bundesrat sah bisher keinen Handlungsbedarf für eine neue Gesetzgebung in der Schweiz. Auch das Parlament lehnte eine entsprechende Interpellation ab. Die bürgerliche Mehrheit will offenbar, dass Uber in der Schweiz weiter illegal geschäften kann. IWAN SCHAUWECKER



SCHEINSELBSTÄNDIG: *Uber-Fahrer werden ausgebeutet.* FOTO: KEYSTONE

DIE CHRONOLOGIE DES AUFSTANDES

PROTEST

22. OKTOBER: Just-Eat-CEO Lukas Streich kündigt die Entlassung des Grossteils der 700 Fahrerinnen und Fahrer und den Wechsel zum Uber-Modell an, das den Kurieren «Riesenvorteile» biete.
29. OKTOBER: Zürcher Rider protestieren mit Syndicom vor dem Firmensitz. Die Geschäftsleitung verweigert das Gespräch.
7. NOVEMBER: Protestaktion der Rider in der St. Galler Altstadt mit der Unia.
8. NOVEMBER: Erster Streik in Zürich und im Glatttal. Laut Syndicom fällt rund die Hälfte aller Schichten aus.
11. NOVEMBER: Die SRF-«Rundschau» begleitet einen Kurier.
12. NOVEMBER: Berner Rider demonstrieren mit der Unia. Gleichzeitig droht Just Eat den Streikenden via «Blick» mit fristlosen Kündigungen.
13. NOVEMBER: Streik in St. Gallen.
16. NOVEMBER: Zürcher Rider protestieren vor dem Kantonsrat gegen das Volkswirtschaftsdepartement unter Carmen Walker Späh. Die FDP-Regierungsrätin war von der Ratslinken schon Ende Oktober aufgefordert worden, endlich gegen illegale Scheinselbständigen-Modelle vorzugehen. Walker Späh hat es allerdings nicht eilig. Ihre Direktion teilt mit, sie sei gegen einen «kantonalen Flickenteppich».

Jugendstreiks in der Schweiz und in Europa

«Eine ganze Generation steht auf»





WOLLEN EINE BEWEGUNG AUFBAUEN: Jael Seiler (l.) von der Juso und Aksel Jessen von der Unia Jugend. FOTOS: ISC

Am 20. November streiken Jugendliche in ganz Europa gegen Sparpolitik und Aufrüstung. work hat Juso-Mitglied Jael Seiler (17) und Aksel Jessen (22) von der Unia Jugend bei den Vorbereitungen der Demos getroffen. Ihr Ziel: eine grosse Bewegung und viel mehr junge Menschen in der Politik.

IWAN SCHAUWECKER

«Die erste Demo meines Lebens war der feministische Streik 2024», erzählt Jael Seiler. Zwei Jahre später steckt die 17jährige mitten in den Vorbereitungen für den Jugendstreik vom 20. November in Bern. Sie kümmert sich um alles: von der Demobewilligung bis zum Verteilen von Flyern an ihrer Berufsschule, wo sie eine Ausbildung zur Kauffrau macht.

Seiler sagt: «Wir wollen die Bewegung aufbauen, gemeinsame politische Forderungen stellen und den Frust einer ganzen Generation in Aktivismus verwandeln.» Das gelinge gerade sehr gut, auch an Gymnasien und Unis bilden sich täglich neue Gruppen, die für die Demo mobilisieren. Seiler sagt: «Für mich ist es sehr inspirierend, dass eine ganze Generation aufsteht und zusammen anpackt.» Das europäische Bündnis, an dem Seiler als Juso-Mitglied beteiligt ist, kämpft gegen Aufrüstung und die massiven Budgetkürzungen bei der Bildung, im Gesundheitswesen und beim Klimaschutz. Denn was in anderen europäischen Ländern bereits deutlich spürbar ist, zeichnet sich auch in der Schweiz ab: Das Geld, das für Armee und Aufrüstung sprudelt, fehlt an allen Ecken und Enden für Zukunftsinvestitionen.

UNIA-JUGEND IN ZÜRICH

Diese Entwicklung treibt auch Aksel Jessen (22) von der Unia Jugend um. Er arbeitet in der Gastronomie und kritisiert: «Die Sparmassnahmen schaden unseren Sozialwerken, und das schadet wiederum allen Arbeitnehmenden.» Eine Woche vor dem Streik trifft Jessen sich mit anderen Jugendlichen zum Malen von Demotransparenten und für ein Podiumsgespräch in Zürich. Jessen fordert von der Politik einen Perspektivenwechsel, weg vom Blick auf die nächsten Wahlen: «Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft, auch in 10 bis 20 Jahren. Der letzte Hitzesommer sollte eigentlich allen klargemacht haben, dass es deutlich mehr Geld für Klimaschutz braucht.» Doch stattdessen werde auf dem Buckel der jungen Generation massiv gespart.

SPAREN AUF KOSTEN DER ZUKUNFT

So will der Bundesrat im sogenannten Entlastungspaket 27 bei Bildung und Forschung 500 Millionen Franken einsparen. Und beim Klimaschutz sollen nächstes Jahr 207 Millionen Franken beim Gebäudeprogramm gestrichen werden. Jessen sprich deshalb lieber von einem «Belastungspaket». Auch die Inkompetenz im Armeedepartement VBS ärgert ihn: «Sie wussten

Das Geld, das für Armee und Aufrüstung sprudelt, fehlt an allen Ecken für Zukunftsinvestitionen.

nicht, was im Beschaffungsvertrag für die Kampfjets F-35 steht. Das kostet uns Milliarden! Trotz allen Pannen will der Bundesrat das jährliche Armeebudget um weitere vier Milliarden aufblasen und plant obendrauf noch einen Rüstungsfonds im Umfang von 24 Milliarden Franken.»

ZU WENIG JUNGE IM BUNDESHAUS

Ein grosses Problem sehen Jessen und Seiler auch bei der fehlenden Präsenz von jungen Stimmen im Parlament und in der Regierung. Seiler sagt: «Wir sind noch am längsten von den politischen Entscheiden von heute betroffen, haben aber nur sehr wenig Mitsprache. Nur eine Person im Nationalrat ist unter 30jährig, und gerade mal 14 Prozent sind unter 40jährig.» Und auch der Bundesrat ist mit einem Durchschnittsalter von 62 völlig überaltert, sagt Jessen. Die Demo am 20. November soll den jungen Menschen endlich mehr Gewicht in der politischen Debatte geben.

Jugendstreik gegen Austerität und Militarisierung am 20. November, europaweit und in neun Schweizer Städten

Generalstreik in Spanien

MADRID. Es war der erste Generalstreik in Spanien seit 14 Jahren. Organisiert haben ihn die beiden grossen spanischen Gewerkschaftsbünde CCOO und UGT gemeinsam mit Mietervereinigungen. Diese hatten zu landesweiten Demonstrationen gegen steigende Mieten und fehlenden Wohnraum aufgerufen, nachdem die 87jährige Maricarmen Abascal von der Polizei gewaltsam aus ihrer Wohnung geholt worden war, in der sie seit sieben Jahrzehnten als Mieterin lebte. Kurz nach der Räumung verstarb Abascal im Krankenhaus. Beim Generalstreik am 11. November standen grosse Fabriken, Verteilzentren und der öffentliche Verkehr still, und am Abend demonstrierten über 100 000 Menschen in Madrid.

Serbien: Neustart im Parlament

BELGRAD. 140 Politikneulinge ziehen neu in die serbische Nationalversammlung ein. Die Vertreter der studentischen Liste bilden nach dem historischen Richtungswechsel und der Abwahl von Ex-Präsident Aleksandar Vučić nun die Mehrheit im Parlament. Gleich am ersten Arbeitstag Mitte November stehen wichtige Entscheidungen an: darunter die Wahl des



KRONFAVORIT: Assistenzprofessor Aleksandar Čupić. FOTO: KEYSTONE

Parlamentspräsidenten. Favorit für diesen Posten ist Assistenzprofessor Aleksandar Čupić. Priorität für das neue Parlament haben ein geordneter Regierungswechsel, verlässliche Auszahlungen von Löhnen und Renten und eine stabile Energieversorgung im Land.

Action bei «Action»

MATRAN FR. Die Billigkette Action hat seit April 2025 in der Schweiz mehrere Filialen. Die Belegschaft in Belgien streikte bereits für bessere Arbeitsbedingungen. Eine Undercover-Reportage in Frankreich deckte den immensen Zeitdruck der Action-Verkäuferinnen und -Verkäufer auf. Und der nächste Skandal kommt aus dem Kanton Freiburg: Das Personal in der Filiale von Matran beklagt, für Gänge aufs WC jeweils zuerst um Erlaubnis bitten zu müssen. Auch selbständig Wasser trinken zu gehen, sei nicht erlaubt. Zudem gebe es Drohungen, Druck und Schikanen durch die Filialleiterin. Das Personal hat nun mit der Unia vor dem Laden protestiert. Gefordert werden die Entlassung der Leiterin sowie die sofortige Behebung der lausigen Zustände.

Aufstand gegen Austerität

GENF/LAUSANNE. 7000 Menschen und ein ganzes Orchester waren letzten Samstag in Genf auf der Strasse und protestierten gegen die geplante Sparpolitik des Kantons. In Lausanne waren es zuvor sogar bis zu 15 000 Demonstrierende. Ein Bündnis von Gewerkschaften, Vereinen und linken Parteien hatte zu den Demos gegen Austerität aufgerufen. In Genf plant die Regierung für das nächste Jahr Budgetkürzungen von fast 250 Millionen Franken.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Wichtiges EGMR-Urteil: Streikrecht ist Grundrecht



IM STREIK: Die Mitarbeitenden des Spitals La Providence im Herbst 2012. FOTO: KEYSTONE

Dieses Urteil ist ein wichtiger Sieg für die Gewerkschaften – und eine Klatsche für die Schweiz. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Strassburg hält in seinem Urteil fest, dass das Streikrecht ein Grundrecht ist und von Schweizer Gerichten mehrfach missachtet wurde.

Schweizer Gerichte haben das Streikrecht mehrfach missachtet.

Geklagt hatten ehemalige Angestellte des Privatspitals La Providence in Neuenburg. Sie hatten sich in den Jahren 2012 und 2013 mit einem Streik gegen die massive Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen gewehrt. Wegen dieses Arbeitskampfes wurden 22 von ihnen fristlos entlassen. Und vier Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre strafrechtlich wegen Hausfriedensbruchs verurteilt. Weder die Geschassten noch die Gewerkschaften akzeptierten diese Verletzung des Streikrechts und zogen vor Gericht. Doch die Schweizer Justiz stellte sich auf die Seite der Arbeitgeber. Auch das Bundesgericht urteilte 2019, dass der Streik illegal gewesen und die Entlassungen sowie die Verurteilungen somit rechtens seien.
Jetzt das klare Verdikt des Europäischen Gerichtshofs: Der EGMR hat einstimmig entschieden, dass die Schweiz Artikel 11 (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt hat. Und weiter: Weder die Schweizer Bundesverfassung noch die nationale Rechtsprechung würden eine Grundlage bieten, einen rechtmässigen Streik für unrechtmässig zu erklären, nur weil der Arbeitgeber ein Angebot unterbreitete.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/streikrecht

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie **workzeitung.ch** im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menu, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Aufhebung des Urteils gegen Asbest-Schmidheiny

Es ist ein schwerer Schlag für die Asbestopfer der Firma Eternit in Casale Monferrato in Italien: Das höchste italienische Gericht in Rom hat das Urteil



der Vorinstanz gegen den Schweizer Milliardär und früheren Eternit-Boss Stephan Schmidheiny nicht bestätigt. Ein Turiner Gericht hatte Schmidheiny im April 2025 verurteilt: zu 9 Jahren und 6 Monaten Haft wegen mehrfacher fahrlässiger Tötung von 91 Personen (7 ehemalige Arbeiter des Werks und 84 Anwohner der Umgebung) aus Casale Monferrato.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/eternit

Edle Walliser Weine, bittere Arbeitsrealität

Hinter den edlen Tropfen aus dem Wallis verbirgt sich eine bittere Wahrheit: Erntehelferinnen und Erntehelfer aus Afrika schuften teilweise für gerade einmal 13 bis 15 Franken pro Stunde. Bei 21 von 29 kontrollierten Weinkellereien wurde zudem Schwarzarbeit festgestellt. Wie kann es sein, dass auf Kosten jener Menschen produziert wird, die den Weinbau überhaupt erst möglich machen? Ein Blick hinter die Kulissen einer Branche, die von hohen

WORK SOCIAL MEDIA: UNSERE TOP-STORY

Just-Eat-Sauerei: Warum machen die Behörden nichts?

Just Eat will mehr als die Hälfte seiner Rider entlassen und sie dann mit der illegalen Uber-Methode als Scheinselbständige zu Tiefstlöhnen weiterchrampfen lassen. Die Kuriere und Kurierinnen wehren sich mit Demos und Streiks gegen den Kahlschlag (siehe Seiten 2 und 3). Und im Netz erhalten sie dafür viel Support. Viele fragen sich in den Kommentarspalten: Warum lassen die Behörden solche Praktiken überhaupt zu?!

Da, wo die Behörden endlich mal reagieren müssten, sind sie blind und taub. Warum schieben sie dieser Willkür nicht den Riegel?
MarkusB

Die Politik muss handeln. Es kann nicht sein, dass sich ausländische Konzerne über unsere Arbeitsrechte hinwegsetzen.
Gabriela Perrone

Super, dass ihr streikt. Meine volle Solidarität.
Hanna Habita

Da gibt es nur eines: Boykott. Sollen diese Unternehmen zu Grunde gehen!
Ursdesvoignes

In Frankreich haben Kuriere eine eigene App lanciert, die ihnen allen gehört.
KetKet

Das ist einfach unverschämt von Just Eat und den Kantonen.
Joel Mue

Shame on you, Just Eat!
Supertramp



@workzeitung



Subventionen und viel behördlichem Goodwill profitiert.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/winzer-vs

Hölzige schwingen den Hammer

Rund 300 Schreinerinnen, Schreiner und Zimmerleute machten in Luzern mit einem traditionellen «Zimmermannsklopfen» auf ihre Anliegen aufmerksam: Mehr Lohn, mehr Ferien und kürzere Arbeitszeiten! Denn bei den GAV-Verhandlungen harzt es. Das hat auch mit einer dubiosen Schattenregierung der Schreinermeister zu tun.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/weckruf-holz

Schock im Jurabogen!

Die Uhrenmanufaktur Zenith will in Le Locle NE rund 100 von 200 Stellen streichen. Grund ist die komplette Umorientierung auf weniger, dafür massiv teurere Luxusmodelle. Heute ist eine Zenith ab 8000 Franken zu haben. Künftig aber soll ein Schmuckstück mit 50 Riesen zu Buche schlagen. Höhere Marge und weniger Personalkosten, so der Plan.

Weiterlesen auf workzeitung.ch
rebrand.ly/juraschock



DAS LANGE WARTEN: *Klare Botschaft an die Politik an der nationalen Pflegedemo vom November 2025 in Bern.* FOTO: MANU FRIEDERICH

Die quälende Langsamkeit des Parlaments

Spaziergang gegen 5 Jahre Stillstand

Fünf Jahre sind verstrichen seit dem deutlichen Ja zur Pflegeinitiative – passiert ist kaum etwas. Mit einem Stadtrundgang in Bern wollen die Pflegenden die rechten Parteien und Lobbys an den Auftrag erinnern, den ihnen das Volk erteilt hat.

CHRISTIAN EGG

Vor ziemlich genau fünf Jahren geschah in der Schweiz Aussergewöhnliches. Am 28. November 2021 stimmte das Land über die Pflegeinitiative ab. Trotz Nein-Parole der rechten Parteien und Stimmfreigabe der Mitte war das Ergebnis ein deutliches Ja. 61 Prozent der Stimmenden und alle Stände ausser Appenzell Innerrhoden wollten Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Pflegenden verbessern. Zum ersten Mal wurde eine Gewerkschaftsinitiative an der Urne angenommen. Knapp ein Jahr nach dem Höhepunkt der Coronapandemie machte die Bevölkerung der Politik klar: Der Pflegeberuf ist systemrelevant und muss gestärkt werden.

Doch die rechten Parteien und die Kantone wollen diesen klaren Auftrag nur zögerlich erfüllen, wenn überhaupt. Fünf Jahre nach dem klaren Volksentscheid rufen die Pflegenden deshalb die Bremserinnen und Bremser auf, die Forderungen der Initiative nun endlich umzusetzen (siehe Tabelle).

UNBESTRITTEN – UND DOCH VERZÖGERT

Dabei war zumindest eine dieser Forderungen auch bei den Rechten unbestritten: Bund und Kantone sollen die Ausbildung in den Pflegeberufen fördern. Vor der Abstimmung hatte das Parlament dazu ein Programm erarbeitet und fast einstimmig angenommen – als Gegenvorschlag zur Initiative. Offiziell war dieser mit dem Ja an der Urne zwar vom Tisch. Aber es war allen klar: Das Programm gehört nicht in die Schublade, es gehört umgesetzt. Trotzdem dauerte es zweieinhalb Jahre, bis es endlich startete. Und was es tatsächlich bewirkt, weiss bis heute niemand. Ausgewertet ist erst die Startphase im ersten Halbjahr 2024. In seinem Bericht räumt der Bund ein, es sei «derzeit nicht möglich, Aussagen zur Wirkung der Massnahmen zu machen».

Ja, gute Pflege kostet. Aber schlechte Pflege kostet noch mehr.

Bis heute nicht umgesetzt ist die zweite Hauptforderung der Initiative: bessere Arbeitsbedingungen. Erst 2025 verabschiedete der Bundesrat einen Gesetzesentwurf. Der sah zwar ein paar Verbesserungen vor – sagte aber nicht, wie diese finanziert werden sollten. Dies hielten nicht nur die Gewerkschaften für untauglich, sondern auch die Spital-, Heim- und Spitexverbände (work berichtete: **rebrand.ly/note-ungenügend).**

ZWEI SCHRITTE ZURÜCK

Im April 2026, viereinhalb Jahre nach dem Ja zur Initiative, debattierte das Parlament endlich über bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Doch im Nationalrat strich die rechte Mehrheit die bescheidenen Fortschritte im neuen Gesetz weiter zusammen: keine Senkung der Arbeitszeiten, knausrige Entschädigung für Sonntagsarbeit und Überstunden (siehe Tabelle). Sie tat dies mit höchst zweifelhaften Argumenten (work berichtete: **rebrand.ly/dumme-argumente).**

Immerhin: Anders als der Bundesrat bezog der Nationalrat Stellung, wie Verbesserungen für die Pflege finanziert werden sollen. In der Langzeitpflege sollen sich Bund und Kantone die Kosten teilen, allerdings nur bis 2031, danach sollen die EFAS-Regeln gelten (einheitliche Regelung ambulant/stationär). Maximal unsozial dagegen der Entscheid zur Spitalpflege: Mehrkosten sollen durch höhere Krankenkassenprämien finanziert werden.

Voraussichtlich in der Wintersession wird sich nun der Ständerat mit dem Gesetz befassen. Viele Pflegende werden genau hinhören und hoffen, dass die kleine Kammer dem Ernst der Lage Rechnung trage. Vorher wollen sie auf der Strasse ein weiteres Mal klarmachen: Ja, gute Pflege kostet. Aber schlechte Pflege kostet noch mehr.

Pflegeinitiative: Der Nationalrat bremst
So war's nicht gemeint: Trotz klarem Ja zur Pfegeinitiative will der Nationalrat nur minime Verbesserungen

	Das gilt heute	Das fordern die Pflegenden*	Beschluss Nationalrat
Normalarbeitszeit pro Woche	keine allg. Regelung	38 Stunden	42 Stunden
Normalarbeitszeit pro Woche	50 Stunden	45 Stunden	50 Stunden
regelmässige Sonntagsarbeit	ohne Zuschlag	50 Prozent Lohnzuschlag	25 Prozent Lohnzuschlag
Überstunden kompensieren	ohne Zuschlag	25 Prozent Zeitzuschlag	ohne Zuschlag
Überstunden ausbezahlen	ohne Zuschlag	25 Prozent Zeitzuschlag	25 Prozent Lohnzuschlag
kurzfristiges Einspringen	ohne Zuschlag	25–75 Prozent Lohnzuschlag	25 Prozent Lohnzuschlag
Gesamtarbeitsverträge	Heime: kaum GAV	Pflicht zum Verhandeln	Pflicht zum Verhandeln
Stellenschlüssel	Regeln in einzelnen Kantonen	Bund erlässt Regeln	Kantone erlassen Regeln
Finanzierung der Verbesserungen	-	Steuergelder	Heime und Spitex: Steuergelder (befristet)
			Spitäler: Krankenkassenprämien

* Unia-Antwort in der Vernehmlassung, basierend auf Gruppendiskussionen mit über 100 Pflegenden

28. November: Protestrundgang in Bern

Die rechten Parteien, die Krankenkassen und die Kantone tun alles, damit die Pflegeinitiative nicht umgesetzt wird. Am 28. November überbringen ihnen die Pflegenden in Bern einen Aufruf, endlich zu handeln.
Treffpunkt: 14.30 Uhr auf der Grossen Schanze in Bern.
Weitere Infos finden Sie hier: unia.ch/events

Löhne zum Leben

Zürich setzt um, Wallis stimmt ab

Die Stadt Zürich setzt den vom Volk beschlossenen Mindestlohn endlich um. Kontrolliert wird er aber erst ab 2028. Am 29. November entscheiden die Stimmenden, ob das Wallis einen Mindestlohn bekommt. Und die Rechten wollen Löhne zum Leben national verbieten.

CLEMENS STUDER

Der Zürcher Stadtrat setzt den städtischen Mindestlohn auf den 1. Januar 2027 in Kraft. 23.90 Franken pro Stunde, so wie es 69,4 Prozent der Stimmenden



DIE MINDESTLÖHNE KOMMEN: Zürich setzt den Volksentscheid um. FOTO: ZVG

am 18. Juni 2023 beschlossen haben. Dazwischen lag die Prozessiererei der Gewerbeverbände. Sie blockierten die Einführung auf dem Rechtsweg, bis das Bundesgericht im Juni klarstellte: Auch Gemeinden dürfen Mindestlöhne beschliessen. Der Zürcher Gewerkschaftsbund (GBKZ) freut sich. Präsident und Unia-Regio-Leiter Serge Gnos sagt: «Beschäftigte in der Gastro, in Coiffeursalons, in der Reinigung und im Detailhandel müssen nicht länger Löhne hinnehmen, die trotz harter Arbeit nicht zum Leben reichen.»

Ungetrübt ist die Freude aber nicht. Denn kontrollieren und durchsetzen will die Stadt den Mindestlohn erst ab dem 1. Januar 2028. Ein Jahr lang gilt er also bloss auf dem Papier, und Papier ist bei Dumping-Chefs bekanntlich geduldig. Gnos: «Für uns ist klar, dass die Mindestlöhne in der Realität erst ab Kontrollbeginn ausgezahlt werden. Die Leidtragenden sind weiterhin die 17 000 Tieflohn-Beschäftigten, die noch länger auf einen Lohn zum Leben warten müssen.»

Unterdessen rollt die Mindestlohnwelle weiter. Am 29. November stimmt das Wallis über eine Initiative von Gewerkschaften, Hilfswerken und fortschrittlichen Parteien ab. Sie verlangt 22 Franken pro Stunde, was rund 4000 Franken brutto im Monat entspricht. Bei der Einreichung im Januar 2024 verdienten 10 Prozent der Lohnabhängigen im Kanton trotz 100-Prozent-Job weniger. Mit 5008 Unterschriften kamen über einen Viertel mehr zusammen als nötig. Regierung und Parlament lehnen die Initiative trotzdem ab.

Ungetrübt ist die Freude nicht. Kontrollen erfolgen erst ab Januar 2028.

Genau diese Welle will die rechte Mehrheit im Bundeshaus brechen. Am 19. Juni hat sie ein Lohnsenkungsgesetz verabschiedet, das auf eine Motion des Obwaldner Mitte-Ständerats Erich Ettlin zurückgeht. Wer in einer Branche mit allgemeinverbindlich erklärten GAV arbeitet, wäre vom Schutz durch neue oder an die Teuerung angepasste gesetzliche Mindestlöhne ausgeschlossen. Und bestehende würden eingefroren: Auch Zürich bliebe für GAV-Branchen bei 23.90 Franken stehen, ohne den vom Volk beschlossenen Teuerungsausgleich. Am 28. Februar 2027 kann das Volk dank dem Referendum der Gewerkschaften der Dumping-Lohnkoalition eine Abfuhr erteilen.



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und die Gruusigen

Anzügliche Blicke, sexistisches Gelaber. Äusserungen über mein Erscheinungsbild. Tipps, wie ich mich als Frau zu verhalten habe: mehr Lächeln, weniger Lächeln. Vorschläge, wie ich meinen Körper mehr präsentieren soll oder weniger. Kommentare zu meiner Wortwahl. Aussagen über Dinge, die ich als Frau tun soll oder eben nicht. Solche Dinge begleiten mich schon ein Leben lang. Konkrete Beispiele? Gerne!



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

GRUUSIG. Hier eine kleine Auswahl von Laura von ihren 20ern bis jetzt aus der gruusigen Seite der Arbeitswelt: Als ich im Sicherheitsdienst arbeitete, wollte der Chef, dass ich vor ihm tanze, um mal locker zu sein. Wir waren allein. Ich bewegte mich ungeschickt hin und her und fühlte mich äusserst unwohl, sagte jedoch nichts. Ich bin sicher, dass mein Kollege, der Zwei-Meter-Igor, nicht tanzen musste. Als ich mich bei einem Event dem neuen Sicherheitschef vorstellte, lobte mich dieser für mein Aussehen, stellte jedoch meine Kompetenz sofort in Frage: «Du siehst schon mal gut aus, mal sehen, ob du auch mit anpacken kannst.» Ich sagte nichts. Lange wurde ich an gewissen Orten nicht eingeteilt, weil ich eine Frau bin. Ich habe lange und härter gearbeitet als andere, bis ich eingeteilt wurde. Gesagt habe ich nichts. Oder ich wurde an Events eingeteilt, weil eine «hübsche Person gebraucht wurde». Ich ging jeweils dorthin und sagte nichts.

Der Chef wollte, dass ich tanze.

TATTOOS. Im Verkauf hatte ich einen Chef, der sich für meine Tattoos interessierte. Wo die wohl enden, wollte er wissen. Ich sagte nichts. Als ich vor ein paar Jahren in einem Laden neu anfing, belästigte ein Arbeitskollege andere Gspönlis und mich so sehr, dass ich nicht mehr ruhig arbeiten und schlafen konnte. Endlich konnte ich etwas sagen, meldete es der Geschäftsleitung. Doch diese tat: nichts.

STINKEFINGER. Ein anderer Arbeitskollege kritisierte meine Wortwahl: Frauen sollten nicht so reden. Ich liess mir seine Belehrung nicht bieten und verdeutlichte dies mit einem Stinkefinger. Danach sagte er nichts mehr.

ZIGIPAUSE. Ich habe zwei intensive Minuten darüber nachgedacht, ob ich darüber schreiben soll, was ich als Frau in der Arbeitswelt erlebe. Schnell ist mir klar geworden: Natürlich! Ich kann und soll mich in der Zigipause mit meinen Gspönli austauschen, oder in meiner Unia-Gruppe. Der Austausch ist enorm wichtig. Ich bin mutiger geworden, weil ich gemerkt habe, dass ich nicht die einzige bin. Mein Ziel ist es, dass andere Menschen sich nicht isoliert fühlen. Das ist eine grosse Macht. Gerne möchte ich meinem jüngeren Ich zurufen: Lass das alles nicht zu! Sag etwas! Nicht du bist das Problem!

Bern: Männerdemo gegen Gewalt an Frauen

«Es reicht nicht, kein Täter zu sein!»

Über tausend Männer haben auf dem Bundesplatz für ein Ende der Gewalt an Frauen protestiert. Anfangen müsse jeder Mann bei sich selbst.

JONAS KOMPOSCH



***MÄNNER GEGEN MÄNNERGEWALT**: Zur Demonstration vom Samstag in Bern haben sich über tausend Männer und einige Frauen auf dem Bundesplatz versammelt.* FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Gefordert wird häufig etwas auf dem Bundesplatz. Von den über 300 Stadtberner Kundgebungen und Demos jedes Jahr finden gefühlt ein Drittel zumindest teilweise vor dem eidgenössischen Parlaments- und Regierungssitz statt – mit entsprechenden Appellen an die höchste Politik.

Einen etwas anderen Weg schlug da die Männerkundgebung gegen Gewalt an Frauen ein, die am Samstag mindestens tausend Männer und einige Frauen auf den Bundesplatz lockte. Denn weder der Aufruf der Organisatoren (rund um den Dachverband männer.ch und den Verein Die Feministen) noch die meisten Protestschilder der Teilnehmer richteten sich primär an politische Verantwortungstragende. Sondern schlicht an jeden einzelnen Mann oder an die Männer in ihrer Gesamtheit.

«Doch, alle Männer», hiess es etwa auf einem selbstgemalten Transparent in Anspielung auf den Hashtag #notallmen. Will heissen: Nein, nicht alle Männer sind Gewalttäter. Aber doch, Gewalt an Frauen geht sehr wohl alle Männer an. Weil Gewalt eben nicht erst mit einer Ohrfeige beginnt. Und weil Männergewalt im patriarchalen System selbst angelegt ist. Einem System also, das Männer auf vielfältige Weise privilegiert, ob sie das wollen oder nicht. «Keine Gewalt auszuüben ist die Grundvoraussetzung, nicht aber die Lösung», schreiben dazu die Organisatoren auf ihrer sehr informativen Website nie-ok.ch. Denn: «Gewalt an Frauen ist ein strukturelles Problem, das durch Normen, Schweigen, Mitläufertum und Täterentschuldigungen aufrechterhalten wird. Wer ‹nur› selbst nicht gewalttätig ist, ist zwar kein Täter, schützt aber ein System, das Gewalt an Frauen ausübt.»

Gewalt an Frauen geht alle Männer etwas an.

MIT DEN WITZEN FÄNGT ES AN

Die Dimensionen sind erschreckend: Allein die Polizei registriert jährlich rund 15 000 Fälle von häuslicher Gewalt gegen Frauen. Nochmals so viele Fälle zählt sie im nichthäuslichen Bereich. Da viele Opfer nicht zur Polizei wollen, dürfte die Dunkelziffer riesig sein. Sexuell belästigt worden sind laut dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung sogar schon bis zu 60 Prozent aller Frauen. Und alle zwei bis drei Wochen kommt es in der Schweiz zu einem Femizid.

Doch all das sei lediglich die Spitze des Eisbergs, heisst es an der Kundgebung immer wieder. Luan, ein Stromerlehrling, gibt work ein Beispiel aus seinem Baustellenalltag: «Ständig diese Sprüche und das Lächerlichmachen von Frauen… da fängt es doch schon an!» Es sei wie bei einer Pyramide: «Die unterste Basis besteht aus sexistischen Witzen, zuoberst steht der Femizid!»

Auch SP-Co-Chef Cédric Wermuth unterstrich in seiner Rede, dass Gewalt gegen Frauen ein bestimmtes gesellschaftliches Klima, eine «patriarchale Zurichtung» voraussetze: «Wenn wir eine kollektive Verantwortung haben, dann ist es, diesen Bullshit von falsch verstandener Härte und Männlichkeit nicht mehr an unsere Söhne weiterzugeben. Es gibt nichts, was wir als Männer verlieren können, ausser Hass und Gewalt.»

WACHE MÄNNER BRAUCHT ES – UND GELD

Beginnen müsse jeder Mann bei sich selbst, sind die Organisatoren überzeugt und stellen praktischerweise gleich eine Checkliste zur Verfügung: «1. Werde dir deiner Privilegien bewusst. 2. Erkunde deine Gefühlswelt. 3. Verstehe kulturell geprägte Männlichkeit. 4. Connecte dich mit anderen Männern.» Doch allein mit individuellen Vorsätzen und Anstrengungen ist es nicht getan. Das betont auch Männerberater Christoph Gosteli, der die Kundgebung mitorganisiert hat. «Die Schweiz hat die Istanbul-Konvention ratifiziert, wir sind also verpflichtet, mehr zu tun für den Schutz von Frauen und queeren Personen. Doch dafür braucht es Geld!» Dieses fehle praktisch überall: für neue Schutzplätze, für Opferberatungen, für Täterarbeit, für Prävention. Der politische Wille, das zu ändern, fehle leider. «Deshalb braucht es das, was die feministische Bewegung uns seit über 100 Jahren vormacht: Druck von der Strasse!» Mit der heutigen Kundgebung ist Gosteli schon sehr zufrieden. Angemeldet habe er nur 300 Teilnehmer, gekommen seien nun – überraschend – dreimal mehr. Gosteli fühlt sich bekräftigt und sagt: «Wir werden auf jeden Fall weitermachen!»

Ganz neu ist seine Idee indes nicht. Schon 1992 gab es eine Männerdemo – mit viel weniger Teilnehmern zwar und bloss im Zürcher Niederdörfli statt auf dem Bundesplatz. Das damalige Motto aber hat an Aktualität nichts verloren: «Krieg, Kumpanei, Sexismus, Arroganz, Profit – Männergewalt bekämpfen.»

So unsicher leben Frauen in der Schweiz und weltweit

Gewalt gegen Frauen: Das sind die Fakten

Als Frau und Mädchen ist die Wahrscheinlichkeit hoch, Gewalt zu erleben: sexistische Witze, Belästigung, Vergewaltigung oder gar Femizid. Die erschütternden Fakten. DARIJA KNEŽEVIĆ

22 000
Straftaten wurden 2025 im Bereich häusliche Gewalt registriert. 70 Prozent der Opfer sind weiblich.

2 von 3
Frauen erleben im Beruf belästigendes Verhalten. Wichtig für Betroffene: Dokumentiere den Vorfall mit Details zum Zeitpunkt, zu möglichen Zeugen und zur Art der Belästigung. Beweise sind wichtig für ein Verfahren.

30%
aller Frauen erleben weltweit im Laufe ihres Lebens Gewalt. Das sind rund 840 Millionen Betroffene.

Alle **10 Minuten**
wird auf der Welt eine Frau in der Familie getötet. Im Jahr 2025 wurden mehr als 80 000 Frauen Opfer von Femiziden.

18
Frauen und Mädchen wurden dieses Jahr bereits Opfer von einem Femizid in der Schweiz.

90 Prozent
der Personen, die von sexueller Belästigung betroffen sind, sind weiblich. Gewaltausübende Personen sind fast ausschliesslich Männer.

2800
Frauen und Kinder fanden 2025 in der Schweiz und in Liechtenstein Zuflucht in einem Frauenhaus. Die Auslastung stieg im Vergleich zum Vorjahr um 5 Prozent. Die SP Schweiz lanciert aus diesem Grund eine Initiative zum Schutz vor Gewalt an Frauen. Diese verpflichtet Behörden, den Schutz vor Gewalt endlich zu priorisieren.

QUELLEN: SECO, STOPFEMIZID.CH, FRAUENHÄUSER SCHWEIZ, EIDGENÖSSISCHES BÜRO FÜR GLEICHSTELLUNG, GEWERKSCHAFT UNIA, UNO, WHO



KEIN OPFER, SONDERN BETROFFENE: So sieht sich Detailhändlerin Dominique Hodel. FOTO: ZVG / FRANZISKA ROTHENBÜHLER

16-TAGE-KAMPAGNE

DIGITALE GEWALT AN FRAUEN

Die diesjährige Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» fokussiert ganz auf ein immer drängenderes Problem: digitale geschlechtsspezifische Gewalt. Was das bedeutet? Zum Beispiel ein GPS-Tracker im Auto der Expartnerin, ein mit KI generiertes intimes Bild oder ein sexistischer Kommentar unter dem Post einer Aktivistin. Landesweit finden Dutzende Events statt. Auch die Unia engagiert sich und verteilt in Betrieben Informationsmaterial gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Zudem organisiert die Gewerkschaft in Grenchen eine Diskussionsrunde und in Zürich eine Aktion. (dak)

Diskussionsabend zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, Dienstag, 24. November, 19 Uhr, Unia-Sekretariat, Centralstrasse 3, **Grenchen.**

Plakate-Mal-Aktion, Mittwoch, 2. Dezember, um 16 Uhr, Helvetiaplatz, **Zürich.**

Ganzes Programm unter **16tage.ch.**

Dominique Hodel hat Gewalt in der Beziehung überlebt

«Mein Ziel ist klar: Eine Schweiz ohne Femizid»

Sieben Jahre erlebte Dominique Hodel (36) schwere physische und seelische Verletzungen durch ihren Expartner. Jetzt engagiert sie sich jeden Tag für eine gewaltfreie und sichere Schweiz.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Dominique Hodel (36) besucht die work-Redaktion auf einen Kafi. Dass die 36jährige heute hier sitzt, ist keine Selbstverständlichkeit: Hodel war sieben Jahre lang gefangen in einer Gewaltbeziehung. Sie überlebte schwere physische und seelische Verletzungen. Doch Hodel sieht sich nicht als Opfer, sondern als Betroffene. Das ist ihr wichtig. Die Gewalterfahrung hat sie geprägt. Und trotzdem schöpft sie Kraft und Motivation daraus für ihr Engagement. Sie sagt: «Mein Ziel ist klar: eine Schweiz ohne einen einzigen Femizid.» Dafür steht Hodel täglich im Einsatz. Im Berner Stadtrat, in feministischen Kollektiven, als Gewerkschafterin bei der Unia. Und das alles nebst ihrer Tätigkeit als Teamleiterin im Detailhandel.

«Er gab mir immer das Gefühl, dass mit mir etwas nicht stimme.»
DOMINIQUE HODEL

Doch wie landet man in einer Gewaltbeziehung? Hodel teilt mit work ihre Geschichte: «Ich war jung, es war meine erste Beziehung, und ich wusste nicht, was Liebe ist.» Mit Anfang zwanzig kam sie mit ihrem Expartner zusammen. Am Anfang schien alles zu schön, um wahr zu sein: Liebesbekundungen, Blumen, viel Zeit zusammen. Doch schon bald fing die Isolation an. Hodel war zu diesem Zeitpunkt aktiv bei den Juso. Er war im Militär und sehr überzeugt davon. «Ihm hat mein politisch linkes Bewusstsein nicht gepasst. Mit der Zeit habe ich angefangen, mich für ihn zurückzuziehen», sagt sie. Das fing an bei der Politik, später kapselte sie sich auch von der Familie, von Freunden und ihrem Umfeld immer mehr ab. Der Grund: «Er gab mir immer das Gefühl, dass mit mir etwas nicht stimme. Und dass er der einzige sei, der mich verstehe.» Er brachte und holte sie täglich von ihrer Arbeitsstelle im Detailhandel ab, kontrollierte alle ihre sozialen Kontakte und schrieb ihr vor, was sie anzuziehen habe. Doch der Kontrollwahn und die Isolation waren erst der Anfang, kurze Zeit später kam die physische Gewalt dazu.

DIE SCHAM

Hodel erinnert sich noch sehr genau an das erste Mal, als ihr Expartner auch physisch gewalttätig wurde. Es war eine Alltagssituation, ein Streit um die Arbeit am Geschirrspüler. Hodel: «Wir fingen an, heftig zu streiten. Und dann schlug er zu.» Von da an war die Gewalt immer wieder da. Ihr Expartner verletzte sie an nicht sichtbaren Körperstellen. Am Rücken, den Oberarmen oder den Oberschenkeln. Einmal verletzte er sie im Gesicht, doch Hodel erfand sofort eine Ausrede. Sie behauptete, dass sich bei der Arbeit eine Schnalle von einem Lieferwagen gelöst und sie im Gesicht verletzt habe. Im nachhinein sagten ihre Kolleginnen und Kollegen, dass sie ihr das nie geglaubt hätten. Doch in diesem Moment traute sich niemand zu fragen, woher die Verletzung wirklich stamme.

Ausreden gehörten bei Hodel jahrelang zum Alltag. Die Scham, sich die Gewaltbeziehung einzugestehen, war enorm. Sie belog nicht nur ihr Umfeld, sondern auch sich selbst. «Ich war sehr oft im Spital wegen meiner Verletzungen.» Doch dann kam die Wende. «Er hat mich so stark gewürgt, bis ich bewusstlos wurde. Das war der Grund für meinen letzten Spitalaufenthalt.» Hodel erzählt, wie der Arzt die Geduld verlor: «Er knallte seine Akten auf den Tisch und sagte mir, ich sei nicht die erste mit solchen Verletzungen und Ausreden. Und ich werde nicht die erste sein, die irgendwann nicht mehr da sei.» Erst fand sie diese Aussagen völlig übergriffig. Doch die Worte hallten ihr lange nach.

KRAFTAKT

Mit den Jahren haben viele Menschen aus Hodels Umfeld den Kontakt zu ihr verloren, doch ihre beste Freundin blieb hartnäckig da. So stand diese Freundin auch mit leeren Koffern an ihrer Haustüre, als sie endlich die Kraft hatte, ihren gewalttätigen Partner zu verlassen. «Wenn ich jetzt nicht gehe, dann bin ich früher oder später nur noch eine Zahl in der Femizid-Statistik», dachte sie sich.

Doch mit der Trennung war lange noch kein Schlussstrich gezogen. Erst versuchte ihr Expartner, sie mit Liebesbekundungen zurückzuerobern, später lauerte er ihr auf und bedrohte sie. «Sogar meine kleine Schwester beobachtete er auf dem Schulweg und drohte mir, ihr etwas anzutun, wenn ich ihn bei der Polizei verpfeife.» Hodel fand Zuflucht in einem Frauenhaus, die Fachpersonen dort rieten ihr, den Kanton zu wechseln. Mit den Jahren baute sie sich ein neues Umfeld in einer neuen Stadt auf. Mit dem Anschluss zum feministischen Kollektiv «Sisters domestic violence and abuse» kam bei der 36jährigen auch der Wunsch auf, politisch etwas zu bewirken. So stellte sie sich im vergangenen Jahr für den Berner Stadtrat als SP-Politikerin auf – und gewann die Wahl überraschend.

Heute gehörten die Gewaltprävention und Täterarbeit zu den obersten Prioritäten in ihrer politischen Arbeit. Nebst ihrer Tätigkeit als Teamleiterin im Detailhandel versucht Hodel als Stadträtin, ihre Anliegen aus Sicht einer Betroffenen voranzubringen. Für die 36jährige ist klar: «Häusliche Gewalt ist nicht Privatsache. Jede Person, die etwas mitbekommt, hat die Verantwortung zu reagieren. Jede Betroffene ist froh, wenn ihr geglaubt wird und sie das Wissen hat, sich an jemanden wenden zu können.» Sie betont, wie wichtig Solidarität für Gewaltbetroffene sei – auch von Männern. Sie sagt: «Männer müssen sich nicht schämen, dass es Männer gibt, die Gewalt ausüben. Aber sie sollten sich schämen, wenn sie einfach wegschauen.»

Nebst der Arbeit, die noch vor ihr steht, ist Hodel stolz auf erste Verbesserungen für Gewaltbetroffene. Behörden werden zunehmend geschult, Spitäler bieten Abstriche und Beweisfotos zur Archivierung für spätere Anzeigen an, und auch die Justiz ist sensibilisierter. Doch an einem wichtigen Ort fehlt das Bewusstsein: im Bundeshaus. Sie sagt: «Das nationale Parlament muss einsehen, wie wichtig jeder Franken für Gewaltprävention ist. Statt mehr Gelder zu sprechen, werden die Mittel durch die bürgerliche Mehrheit sogar gekürzt. Solche Entscheidungen kosten Leben.»

Kollektiv: Sisters domestic violence and abuse

Das feministische Kollektiv «Sisters domestic violence and abuse» – auf deutsch «Schwestern von häuslicher Gewalt und Missbrauch» – ist eine Gruppe von betroffenen Frauen. Auch Dominique Hodel fand dort einen Ort, wo sie offen und ohne Vorurteile oder blöde Fragen über ihre Gewaltbeziehung sprechen konnte. Sie sagt: «Wir sind die Freundin, die einer Betroffenen in schweren Momenten gefehlt hat.» (dak)

Kongress-News

Daniel Lampart: Ein Grosser geht



ABSCHIED: Daniel Lampart verlässt nach 20 Jahren den Gewerkschaftsbund. FOTO: YOSHIKO KUSANO

Der emotionalste Moment des 58. Ordentlichen SGB-Kongresses war zweifellos die Verabschiedung von Daniel Lampart. Er war 20 Jahre lang Chefökonom des SGB und leitete dessen Sekretariat lange Jahre. Mit seinen fundierten Analysen hat er die Wirtschafts- und Lohnpolitik der Gewerkschaften geprägt und zu zahlreichen gewerkschaftlichen Erfolgen entscheidend beigetragen. Den Menschen und Macher Daniel Lampart würdigte der langjährige SGB-Präsident Paul Rechsteiner. work dokumentiert seine Laudatio auf **workzeitung.ch/dossier/sgb-kongress26.**

SGB-Kulturpreis für Filmemacher Samir



AUSZEICHNUNG: (v. l.) Vania Alleva und Pierre-Yves Maillard übergeben Samir den Preis. FOTO: YOSHIKO KUSANO

Der SGB-Kulturpreis wird seit Jahrzehnten an Kulturschaffende verliehen, die sich für Arbeitnehmende, soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung, Solidarität und Menschenrechte einsetzen. Mit dem Kulturpreis 2026 wurde der Schweizer Filmemacher, Regisseur, Produzent und Gewerkschafter Samir ausgezeichnet. In seinen Dokumentar- und Spielfilmen beleuchtet er regelmässig die Lebensrealitäten von Migrantinnen und Migranten, Fragen der Identität und der sozialen Gerechtigkeit in der Schweiz. Die ausführliche Laudatio von Unia-Präsidentin Vania Alleva und die Dankesrede von Samir dokumentiert work auf **workzeitung.ch/dossier/sgb-kongress26.**

Fleissiger Kongress

Die Kongress-Delegierten beschäftigten sich während der zwei Tage im Berner Kursaal mit einer Vielzahl von Geschäften und legten die Grundlagen für die nächsten vier Jahre Arbeit des SGB. Sie wählten Pierre-Yves Maillard wieder zum Präsidenten und Unia-Präsidentin Vania Alleva wieder zur Vizepräsidentin. Als weitere Vizepräsidenten wurde SEV-Präsident Matthias Hartwich (für die Jahre 2026 bis 2028) und Syndicom-Präsident Matteo Antonini (2028 bis 2030) gewählt. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt war neben der Kaufkraft der Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmenden.

Die Delegierten beschlossen unter anderem, dass sich der SGB und seine Mitgliedsverbände mit aller Kraft für den feministischen Streik und Care-Streik 2027 einsetzen werden. Nach 1991, 2019 und 2023 wollen die Gewerkschaften den 14. Juni 2027 zu einem weiteren historischen Mobilisierungstag für die Gleichstellung und die Anerkennung bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit machen. Ebenfalls seine Unterstützung sprach der Kongress den europäischen Jugendbewegungen und dem Schweizer Jugendstreik vom 20. November aus.

Mehr zu den wichtigen Kongress-Beschlüssen auf **workzeitung.ch/dossier/sgb-kongress26.**

Das Parlament knausert, der SGB packt an

Die Lehre muss sich lohnen

Während der Schweizerische Gewerkschaftsbund eine neue Initiative ins Leben rufen will, welche die Lehre aufwertet, sind für die Bürgerlichen sogar kleine Verbesserungen zu viel. So will die Bildungskommission des Ständerates (WBK-S) die Ferien der Lernenden nicht mal um eine Woche erhöhen.



UNIA-JUGENDSEKRETÄRIN FÉLICIA FASEL: «Die Arbeitgeber pflegen keine engen Kontakte mit Lernenden, sie kennen demnach ihre Probleme und Sorgen nicht.» FOTO: DAK

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Delegierten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) haben klar für ein neues Initiativprojekt abgestimmt (siehe Seite 9). Der Kern der Initiative: eine Lehre muss sich lohnen. Wer einen Lehrabschluss hat, muss deshalb mindestens 5000 Franken verdienen. Und Lernende sollen während ihrer Ausbildung acht Wochen Ferien haben.

Nicole Cornu, Zentralsekretärin beim SGB und zuständig für die Bildungs- und Jugendpolitik, erklärt am Kongress, warum die Lehre dringend wieder attraktiver werden muss: «Jährlich verunfallen rund 24 000 Lernende bei der Arbeit. Zwei bis drei verlieren jedes Jahr dabei sogar ihr Leben. Das Unfallrisiko ist doppelt so hoch wie bei den Erwachsenen.» Zudem werden rund ein Viertel der Lehrverträge vorzeitig aufgelöst, Jugendliche berichten von Stress, Überforderung sowie fehlender Unterstützung. Das überzeugt die Delegierten.

Die Bürgerlichen entpuppen sich als Ferienfeinde.

FERIEN KÜRZER

Die Schweiz ist stolz auf ihr duales Bildungssystem. Doch geht es darum, die Berufslehre auch in Zukunft attraktiv zu gestalten, sträuben sich Wirtschaftsbosse und bürgerliche Parlamentarier. Konkret geht es um die Forderung nach mehr Ferien für Lernende. Die Gewerkschaften lancierten eine Petition für acht Wochen Ferien für Lernende. Im Rekordtempo kamen fast 180 000 Unterschriften zusammen (work berichtete: **rebrand.ly/Petition-Lernende).** In diesem Zusammenhang reichte SP-Ständerätin Flavia Wasserfallen (BE) eine Motion für die Erhöhung der Ferien von fünf auf sechs Wochen ein. Doch selbst diese bescheidene Erhöhung ist der Kommission zu viel: Sie lehnt die zusätzliche Ferienwoche mit 7 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung ab. Unia-Jugendsekretärin Félicia Fasel macht das hässig: «Lernende werden als Stolz der Schweiz und als Zukunft unserer Gesellschaft gefeiert. Trotzdem empfiehlt die Parlamentskommission, ihnen selbst sechs Wochen Ferien zu verweigern. Das lassen wir uns nicht gefallen!»

Die Begründung des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für mehr Ferien ist einleuchtend: Einerseits stehen Auszubildende unter hohem Stress und Zeitdruck. Andererseits haben gleichaltrige Jugendliche an Gymnasien oder Fachmittelschulen rund 13 Wochen Ferien. Das ist nicht fair. Diese Ungleichbehandlung ist weder zeitgemäss noch förderlich für die Attraktivität der Lehre. Doch statt Hand zu bieten, entpuppen sich Bürgerliche als Ferienfeinde. Ihre Lösung: Auch den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten die Ferien kürzen. Unterstützer dieser Forderung ist auch Gewerbeboss und Mitte-Ständerat Fabio Regazzi.

TOBENDE ARBEITGEBER

Die Arbeitgeber reagieren prompt auf die angekündigte Initiative des SGB. Sie halten an ihrem «American Dream» fest: Wer nur wirklich will, schafft es vom Tellerwäscher zum Millionär. Ihrer Meinung nach müssen junge Berufsleute Erfahrungen sammeln, sich weiterentwickeln und Verantwortung übernehmen, bis sie einen Lohn verdienen, der zum Leben reicht. Auch sechs Wochen Ferien finden sie viel zu viel, geschweige denn acht.

Unia-Frau Fasel möchte die Reaktionen von den Arbeitgebern eigentlich nicht gross kommentieren. Gegenüber work sagt sie nur: «Die Arbeitgeber pflegen keine engen Kontakte mit Lernenden, sie kennen demnach ihre Probleme und Sorgen nicht. Mit solchen Angriffen machen sie sich nur lächerlich».

work hat die Delegierten am SGB-Kongress zur Lehre befragt

Wie wird die Berufslehre wieder attraktiv?

Wie haben sie ihre eigene Lehre erlebt? Oder die ihrer Kinder? Was war gut – und in welchem Bereich muss sich etwas ändern? Die Delegierten am SGB-Kongress haben mit work ihre persönlichen Erfahrungen geteilt.

Vivienne Clénin (24), Konstrukteurin



«Ich finde es eine megawichtige Sache, die der SGB hier beschlossen hat. Ich kann mich noch erinnern, wie die Berufssuche nach der Lehre war: Reicht der Lohn, um auszuziehen? Kann ich wirklich selbständig von diesem Lohn leben? Bis ich etwas gefunden habe, war es ein riesiger Krampf.
Ich hatte im ersten Lehrjahr 6 Wochen Ferien, im zweiten Lehrjahr 5 Wochen und im letzten Lehrjahr nur noch 4 Wochen. Das war wirklich wenig. Und die Ferien sind ein wichtiger Grund, warum junge Menschen sich nicht für eine Lehre entscheiden möchten.»

Simona Langenegger (63), Rentnerin



«Ich bin Mutter von zwei erwachsenen Kindern. Meine Tochter war Gymnasiastin und später Studentin, mein Sohn hat eine Lehre gemacht. Diese zwei Wege sind sehr unterschiedlich, um einen Beruf zu lernen. Ich unterstütze das Anliegen vom SGB sehr, sich hier für mehr Ferien für Lernende einzusetzen. Persönlich finde ich: Mit einem Lehrabschluss sind Jugendliche bereits eingearbeitet und haben einen durchaus sanfteren Berufseinstieg. Umso wichtiger ist es dann auch, dass der Lohn zum Leben reicht.»

Amon Demyanenko (19), Polymechaniker



«Als jugendliche Person haben wir den genau gleichen, wenn nicht sogar härteren Arbeitsaufwand als alle anderen Mitarbeitenden im Betrieb. Mit ungefähr 15 Jahren kommen wir von der Sekundarschule mit 13 Wochen Ferien in die Lehre mit 5 Wochen Ferien. Der Druck ist immens. Einerseits der Betrieb, der dir nicht nur beibringen soll, zu arbeiten; da warten auch noch Prüfungen auf die Lernenden. Und andererseits die Berufsschule, die ebenfalls viel Vorbereitung für Prüfungen und viel Disziplin verlangt. Wenn etwas davon nicht reibungslos funktioniert, fallen Lernende durch, und zwei, drei oder sogar vier Jahre lernen und arbeiten waren dann für nichts.»



5000 FRANKEN FÜR MENSCHEN MIT LEHRABSCHLUSS: Am SGB-Kongress in Bern haben die Delegierten die Forderung nach einer Initiative bekräftigt. FOTOS: YOSHIKO KUSANO

Gewerkschaften bereiten Initiative vor

5000 Franken für alle mit Lehre

Der «Königsweg der Berufsbildung» darf nicht länger am Bettelstab enden. Wer eine Lehre abgeschlossen hat, soll nicht weniger als 5000 Franken verdienen.

CLEMENS STUDER

Kaum eine 1.-August-Rede, kaum ein Gewerbepodium, kaum ein Bundesratsbesuch in einer Lehrwerkstatt kommt ohne das Loblied auf die Berufslehre aus. Sie sei der Königsweg, das Rückgrat der Wirtschaft, die halbe Welt beneide uns darum. Nur ist mit Lob noch keine Miete bezahlt. Und auch keine Krankenkassenprämie. Am Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) in Bern haben die Delegierten daraus die Konsequenz gezogen. Nach einer differenzierten und ausführlichen Debatte beauftragten sie mit überwältigender Mehrheit die Gremien des SGB, eine Initiative zu prüfen: mindestens 5000 Franken Monatslohn für alle, die eine Berufslehre abgeschlossen haben.

EIN DRITTEL UNTER 5000

Die Zahlen, die dem Kongress vorlagen, hat der SGB aus der Lohnstrukturerhebung des Bundes gerechnet. Der mittlere Lohn mit Lehre liegt bei rund 5900 Franken, für eine Vollzeitstelle und bei 13 Monatslöhnen. Fast ein Drittel der Gelernten muss mit 5000 Franken oder weniger auskommen. Bei den Frauen sind es zwei von fünf, bei den Männern ist es einer von vier. Eine Familie lässt sich damit in der Schweiz nicht durchbringen, nicht bei diesen Mieten und nicht bei diesen Krankenkassenprämien.

DIE MÄR VOM EINSTIEGSLOHN

Die Zahlen aus den Branchen sind eindrücklich und erschreckend. Von den Verkäuferinnen in Bäckereien und von den Coiffeusen verdienen 89 Prozent weniger als 5000 Franken. Bei den Gelernten in Restaurants und Hotels sind es 85 Prozent, ebenso im Verkauf in Supermärkten und Warenhäusern, bei den Bäckerinnen und Konditoren 82 Prozent. Dass es vor allem Berufe mit vielen Frauen trifft, ist kein Zufall. Es ist aber auch nicht die ganze Wahrheit: Bei den Chauffeuren liegen 60 Prozent unter der Marke, im Gartenbau 58 Prozent, bei den Automechanikern fast die Hälfte.

Mit Lob ist noch keine Miete bezahlt.

Die Arbeitgeberverbände behaupten hartnäckig: Tiefe Löhne gebe es nur gleich nach dem Abschluss, danach gehe es rasch aufwärts. Für Handwerker, fürs Büro und fürs Spital trifft das teilweise zu. Dort aber, wo die Löhne ohnehin tief sind, stimmt es schlicht nicht. Im Verkauf, im Gastgewerbe, in Bäckereien und in Alters- und Pflegeheimen verdient die Mehrheit der Gelernten auch nach vielen Berufsjahren deutlich weniger als 5000 Franken. In Kitas und Apotheken sind Löhne über 5000 Franken erst ab 35 üblich. Eine Verkäuferin kurz vor der Pensionierung hat nur wenig mehr auf dem Lohnausweis als ihre Kollegin frisch ab Lehre.

Die Jungen und ihre Eltern können rechnen. Innert zehn Jahren ist die Zahl der Lernenden um 12 000 gesunken, jene der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten um 7500 gestiegen. Vor dreissig Jahren hatten 52 Prozent der Erwerbsbevölkerung einen Lehrabschluss als Ausbildung, heute sind es noch 31 Prozent. Der Anteil jener mit Hochschulabschluss hat sich in derselben Zeit von 9 auf rund 30 Prozent verdreifacht. Wer kann, hängt nach der Lehre eine weitere Ausbildung an. Das ist gut für jene, denen die Schule leichtfällt. Für alle anderen heisst es: Der Lehrabschluss allein genügt nicht mehr für ein rechtes Einkommen.

Genau das ist für Gewerkschaften inakzeptabel. Und immer mehr Gelernte kehren ihrem Beruf den Rücken, sobald sie eine andere Möglichkeit haben. Das hindert die Arbeitgeber nicht daran, gleichzeitig den Fachkräftemangel zu beklagen und ihren Fachkräften anständige Löhne zu verweigern.

BETRIEBE UND POLITIK

Dass auch die Lehre selber besser werden muss, war am Kongress ebenfalls Thema (siehe Seite 8). Hier geht es um das, was danach kommt. Wer drei oder vier Jahre gelernt hat, wer im Betrieb, in der Berufsschule und an der Abschlussprüfung bestanden hat, ist eine Fachkraft. So steht es auf dem Fähigkeitszeugnis. Auf dem Lohnausweis steht bei Hunderttausenden etwas anderes. Unia-Präsidentin Vania Alleva brachte es so auf den Punkt: «Wir haben keinen fixfertigen Initiativtext beschlossen. Diese Arbeit liegt nun vor uns. Und sie ist wichtig, denn es geht hier nicht um Einzelfälle. Es geht um viel mehr. Diese Initiative geht Hand in Hand mit unserer Arbeit in den Betrieben und Branchen. Denn Arbeit hat einen Wert. Bildung hat einen Wert. Und Arbeit muss sich lohnen. 5000 Franken für Menschen mit Lehrabschluss sind kein hoher Lohn. 5000 Franken sind das Minimum.»



DIE BUNDESRÄTIN ZU GAST: Elisabeth Baume-Schneider sprach zu den Delegierten in Bern.



ABGESTIMMT: Die Delegierten haben Grundsatzentscheide für die Gewerkschaftsarbeit der nächsten vier Jahre gefällt.



ES WIRD GROSS: Der feministische Care-Streik 2027 soll in die Geschichtsbücher eingehen.

Unia-Präsidentin Vania Alleva zur Abstimmung vom 29. November

«Ein Ja für eine starke AHV»

«Im Dezember wird die 13. Rente zum ersten Mal ausgezahlt. Das ist sicher. Das ist gut für die Rentnerinnen und Rentner. Und das ist ein historischer Erfolg für die Gewerkschaften.

Am 29. November stimmen wir ab. Es ist eine ganz wichtige Abstimmung. Es geht um die Finanzierung der 13. AHV-Rente. Wir wollten eine Finanzierung über Lohnprozente. Das



VANIA ALLEVA: Deshalb ist ein Ja so wichtig. FOTO: GAËTAN BALLY

ist am sozialsten. Doch die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat sie verweigert, genauso wie einen Mischfinanzierungskompromiss. Nach langem Hin und Her kam dann der Entscheid: Finanzierung ausschliesslich über die Mehrwertsteuer. Das ist eine bewusste Provokation, weil sie immer noch sauer sind, dass das Volk im März 2024 die 13. AHV-Rente angenommen und das höhere Rentenalter versenkt hat. Aber wir steigen nicht auf diese Provokation ein. Denn die Alternative ist nicht eine bessere Finanzierung. Die Alternative ist gar keine Finanzierung.

Wir Gewerkschaften sagen am 29. November Ja zur Zusatzfinanzierung der AHV. Und das aus guten Gründen:

- ***Erstens: Für Lebensmittel und Medikamente steigt die Mehrwertsteuer nicht. Mieten und Krankenkassenprämien sind gar nicht betroffen.***
- *Zweitens: Die Rechnung geht auf. Gerade für Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen. Im Durchschnitt zahlen wir 7 Franken mehr im Monat. Dafür gibt es im Alter jedes Jahr eine 13. Rente von rund 2000 Franken. Ein besseres Angebot gibt es in der Altersvorsorge nicht.*

Und was passiert bei einem Nein? Dann fehlt der AHV Geld. Von einer geschwächten AHV profitieren nur jene, die sie abbauen wollen. Die FDP und die SVP wollen den Teuerungsausgleich angreifen und das Rentenalter erhöhen. Das lassen wir nicht zu.

Jeder Franken für die AHV ist ein sozialer Franken. Darum: Schreib auch du am 29. November ein Ja auf deinen Stimmzettel. Für eine starke AHV.»

Mit einer riesigen Nebelmaschine gegen die AHV-Zusatzfinanzierung

Täuscher, Trickser, Träumer

Die Gegnerinnen und Gegner der AHV-Zusatzfinanzierung argumentieren mit Halbwahrheiten, Codewörtern und schönen Alternativen, die nicht zur Abstimmung stehen. Ein Realitätscheck.

CLEMENS STUDER

Behauptung: «Alles wird teurer, das trifft vor allem die Haushalte mit kleinem Budget.»

Fakten: Wenn rechte Parteien vermeintlich ihr Herz für die Kaufkraft der Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen entdecken, müssen alle Alarmsirenen heulen. Die Wahrheit ist: Ja, die Mehrwertsteuer für Güter zum Normalsatz steigt um 0,4 Prozentpunkte. Aber: Lebensmittel, Medikamente, Mieten und Krankenkassenprämien sind nicht betroffen. Der Bund rechnet für Haushalte mit einem Bruttoeinkommen bis 4600 Franken mit rund 7 Franken im Monat, für mittlere Einkommen mit 13, für Haushalte über 13 400 Franken mit 28. Dem steht eine 13. Rente von bis zu 2520 Franken für Alleinstehende und 3780 Franken für Ehepaare gegenüber. Wer dieses Preis-Leistungs-Verhältnis als «unsozialen Raubzug» bezeichnet, spielt ein unsauberes Spiel.

Die AHV ist und bleibt die sozialste Versicherung des Landes. Ein Manager mit einer Million Lohn zahlt mit seinem Arbeitgeber 87 000 Franken AHV-Beiträge im Jahr und erhält im Alter dieselbe Maximalrente wie die Pflegefachfrau mit 90 000 Franken Jahreslohn. Die grosse Mehrheit der Lohnabhängigen erhält aus der AHV mehr, als sie einbezahlt hat. Dazu kommt: Bei der Mehrwertsteuer zahlen Touristen, ausländische Firmen und der Finanzplatz zusammen rund einen Fünftel, Banken und Versicherer können die Vorsteuer nicht abziehen, weil ihre Dienstleistungen nicht mehrwertsteuerpflichtig sind. Kurz: Jeder Franken für die AHV ist ein sozialer Franken. Auch jener über die Mehrwertsteuer.

Behauptung: «Statt neuer Steuern kann der Bund das Geld problemlos einsparen.»

Fakten: Wer behauptet, man könne das Geld für die 13. AHV-Rente «problemlos» im Bundeshaushalt einsparen, täuscht die Menschen. Und wahrscheinlich bewusst. Denn wenn bürgerliche Parteien «sparen» sagen, meinen sie in der Realität immer nur eines: Kahlschlag beim Service public und Streichorgien bei Sozialausgaben. Das Sparpaket des Bundesrats für 2027 hat das Parlament von 2,4 auf 1,4 Milliarden zusammengestrichen. Nicht weil es zu brutal und zu unsozial war, sondern weil jede bürgerliche Fraktion ihre eigenen Subventionen verteidigte: Landwirtschaft, Strassen, Regionalpolitik. Gekürzt wurde dort, wo die Lobby fehlt: bei der Kita-Finanzierung, bei Bildung und Forschung, beim Bundespersonal, beim Regionalverkehr, bei der Entwicklungszusammenarbeit.

AHV-Feindin und FDP-Präsidentin Susanne Vincenz-Stauffacher nennt als Sparidee die Tourismusförderung. Kann man machen, bringt aber nix. Es geht um gerade mal 60 Millionen Franken. Die 13. Rente kostet 4 Milliarden. Gleichzeitig beschliesst dieselbe Mehrheit einen Rüstungsfonds von 24 Milliarden, Armeeausgaben von einem Prozent des Bruttoinlandprodukts und bekämpft jede Steuer auf Kapital, Erbschaften und Konzerngewinne. Bürgerliche Finanzpolitik heisst seit Jahrzehnten: Der Service public blutet, Armee, Bauern und Aktionäre bleiben verschont oder werden gar zusätzlich verwöhnt. Wer der AHV 1,4 Milliarden pro Jahr aus dem Bundeshaushalt verspricht, verspricht einen Kahlschlag bei Prämienverbilligung, ÖV und Bildung. Oder verspricht leer und hat ganz anderes im Sinn.

Behauptung: «Es braucht strukturelle Reformen, nicht mehr Einnahmen.»

Fakten: «Strukturelle Reformen» ist der ultimative Codebegriff der neoliberalen Trickser. «Strukturelle Reformen» klingt harmlos und vernünftig. Doch übersetzt heisst das: höheres Rentenalter und tiefere Renten. Die FDP hat 2024 die Renteninitiative unterstützt: diese wollte das Rentenalter zuerst auf 66 Jahre und danach automatisch weiter erhöhen. Das Volk hat sie mit 74,7 Prozent Nein versenkt. Doch die Rechten wollen ein höheres Rentenalter trotzdem durchdrücken. Darum das Gerede von den «strukturellen Reformen». Rolf Dörig ist Swiss-Life-Präsident. Diese sponsert die Nein-Kampagne von SVP und FDP mit 150 000 Franken. Dörig sagte der NZZ, was er von Lohnabzügen und Mehrwertsteuer für die AHV halte: nichts, man solle länger arbeiten. Ausser die kleine Minderheit, die sich dank Abzockerlöhnen und Millionenerbschaften schon mit Mitte 50 in den Ruhestand verabschieden kann.

Die Rechten wollen das Rentenalter erhöhen und die Renten kürzen.

Gewerkschaftsfeind und Mitte-Ständerat Erich Ettlin steht als Befürworter der AHV-Zusatzfinanzierung für einmal auf der richtigen Seite. Er bringt die Pläne der Gegner so auf den Punkt: «Bei einem Nein läuft es auf eine Erhöhung des Referenzalters hinaus.» Das liegt in der Natur der Sache. Denn die AHV hat exakt drei Stellschrauben. Die heissen: Einnahmen, Rentenalter, Rentenhöhe. Wer die erste verklemmt, will an den anderen beiden drehen.

Behauptung: «Die Linken und die Gewerkschaften haben gesagt, die 13. AHV-Rente sei finanziert. Sie haben gelogen.»

Fakten: Wer «Lüge» ruft, sollte lesen können. Der Gewerkschaftsbund hat vor der Abstimmung vom März 2024 gesagt: Kurzfristig braucht die AHV für die 13. Rente kein zusätzliches Geld, mittelfristig 0,8 Lohnprozente oder ein Mehrwertsteuerprozent. Genau so ist es gekommen. Die 13. Rente 2026 und 2027 wird aus dem Fonds bezahlt, die Zusatzfinanzierung kommt frühestens 2028. Die Lohnprozente, die sozialste Variante, haben FDP und SVP im Parlament abgeschossen. Übrig blieben 0,4 Mehrwertsteuerpunkte, weniger als nötig. Jetzt bekämpfen dieselben Parteien auch das noch und werfen den Gewerkschaften vor, der 13. Rente fehle das Geld. Das ist die Logik des Brandstifters, der sich über die Feuerwehr beschwert.

Behauptung: «Lieber eine Finanztransaktionssteuer, eine Erbschaftssteuer, höhere Vermögenssteuern oder eine KI-Steuer.»

Fakten: Das ist vielleicht alles richtig und wichtig. Aber finanzpolitisch sind es für die 13. AHV-Rente ferne Sphärenklänge. Die Erbschaftssteuer wurde 2015 mit 71 Prozent Nein abgelehnt, die Juso-Initiative 2025 noch deutlicher. Die Vermögenssteuer ist Sache der Kantone. Eine Bundeskompetenz bräuchte eine Verfassungsänderung mit Volks- und Ständemehr. Eine Finanztransaktionssteuer scheitert seit 2011 sogar in der EU am Widerstand von Luxemburg und Irland. Eine wie auch immer geartete «KI-Steuer» hat auf der ganzen Welt weder eine Bemessungsgrundlage noch einen Gesetzestext. Die 13. Rente aber wird im Dezember zum Glück ausgezahlt. Jedes Jahr Verzögerung kostet die AHV Fondserträge: 95 Millionen 2029, 600 Millionen 2040, kumuliert 2,4 Milliarden Franken.

Die zuverlässigste und sozialste Einnahme der AHV sind seit 1948 die Lohnbeiträge. Deshalb wollten die Gewerkschaften Lohnprozente. Dass es jetzt die Mehrwertsteuer ist, haben die Bürgerlichen entschieden. Wer am 29. November Nein stimmt, bekommt keine Erbschaftssteuer und keine Finanztransaktionssteuer. Die Alternative zu dieser Vorlage ist nicht eine bessere Finanzierung, sondern gar keine Finanzierung.

Behauptung: «Die AHV hat im Fonds genug Geld. Das kann man zuerst ausgeben.»

Fakten: Die AHV ist im genialen und günstigen Umlageverfahren finanziert. Die Beiträge von heute bezahlen die Renten von heute. Der Fonds ist kein Sparkonto, sondern eine Schwankungsreserve. Das Gesetz verlangt dafür eine Jahresausgabe. Ende 2025 lagen 60,4 Milliarden Franken im Fonds, das sind 113 Prozent einer Jahresausgabe. Darin stecken allerdings 10,3 Milliarden der Schulden der IV, die diese nicht zurückzahlen kann, weil ihr eigener Fonds 2031 leer ist.

Ende 2025 verwaltete Compenswiss für die AHV ein Anlagevermögen von 44,6 Milliarden Franken. Und 2022 hat ein einziges schlechtes Börsenjahr rund 5 Milliarden davon vernichtet. Mit der 13. Rente steigen die Ausgaben sofort um 8,33 Prozent. Das Umlagedefizit beträgt 2026 1,3 Milliarden, 2030 2,7 Milliarden, 2035 fast 5 Milliarden. Ohne Zusatzfinanzierung sinkt der Fonds 2027 unter die gesetzliche Grenze, 2035 auf die Hälfte und 2040 auf 23 Prozent einer Jahresausgabe. Und je kleiner er wird, desto weniger darf die Verwalterin Compenswiss in Aktien anlegen. Dann brechen zusätzlich die Erträge weg. Wer den Fonds «zuerst ausgeben» will, fährt die AHV an die Wand. Und genau das ist der Plan der Rechten: zuerst den Fonds leeren, dann das Rentenalter erhöhen und die Renten kürzen.

Behauptung: «Der Bund schuldet der AHV 9 Milliarden. Zuerst soll er zurückzahlen.»

Fakten: Was stimmt: Von 1999 bis 2019 flossen 17 Prozent des Demographieprozents der Mehrwertsteuer in die Bundeskasse, insgesamt 9,1 Milliarden Franken. Damit finanzierte der Bund einen Teil seines Beitrags an die AHV. Die Gewerkschaften haben das von Anfang an bekämpft und mit der STAF-Vorlage 2020 korrigiert: Seither fliesst das ganze Prozent in die AHV. Die Rückzahlung scheiterte an der bürgerlichen Parlamentsmehrheit. Ein Nein am 29. November holt keinen Franken zurück, aber es verweigert der AHV 1,4 Milliarden pro Jahr.

Behauptung: «Die Armee will auch mehr Mehrwertsteuer. Jetzt ein Zeichen dagegen setzen!»

Fakten: Über die Mehrwertsteuer für die Armee stimmen wir, wenn überhaupt, frühestens 2028 ab. Wer der AHV das Geld verweigert, um der Armee ein Signal zu senden, nimmt 2,6 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Geiselhaft. Und verhindert damit keinen einzigen Rüstungsfranken. Die Rechten wissen das genau.



TÄUSCHER UND TRICKSER: Mit einer ungeheuerlichen Maskerade reden die AHV-Gegnerinnen und -Gegner das wichtigste Schweizer Sozialwerk schlecht. FOTO: KEYSTONE

Versicherungskonzerne, Grauzonen-Komitees und ideologische Arbeitgeberverbände mischen im Abstimmungskampf mit

Spenderliste entlarvt die Feindinnen und Feinde der AHV

Die AHV-Gegnerinnen und -Gegner von FDP und SVP stecken viel Geld in den Kampf gegen das wichtigste Sozialwerk der Schweiz. Sie können es sich leisten, weil Versicherungskonzerne und ideologische Arbeitgeberverbände sie massiv sponsern.

CLEMENS STUDER

Für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ist die AHV die günstigste Art der Altersvorsorge. Die Pensionskassen werden immer teurer und zahlen immer tiefere Renten fürs Geld. Denn Jahr für Jahr stecken Versicherungskonzerne, Banken und dubiose Makler Milliarden Vorsorgegelder in den eigenen Sack. Sie haben ein grosses Interesse, die AHV-Renten kleinzuhalten und die Finanzierung des wichtigsten Sozialwerkes der Schweiz immer und immer wieder anzugreifen. So auch bei der kommenden Abstimmung vom 29. November, wo es darum geht, die Finanzierung der 13. AHV-Rente zu sichern. Diese haben die Schweizer Stimmenden mit grosser Mehrheit und gegen die vielen Konzern-Millionen angenommen. Und am gleichen Abstimmungssonntag auch gleich die Initiative, die das Rentenalter erhöhen wollte, in brutaler Deutlichkeit abgelehnt.

Wer nur eine kleine Rente erwartet, kauft eine Zusatzversicherung.

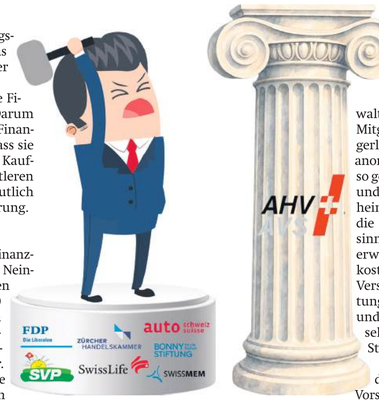
Das war eine riesige Schlappe für die Finanzindustrie und die rechten Parteien. Darum sinnen sie jetzt auf Rache und wollen eine Finanzierung der 13. AHV-Rente verhindern. Dass sie dies nicht wie behauptet im Interesse der Kaufkraft der Haushalte mit kleineren und mittleren Einkommen machen, zeigt wenig so deutlich wie der Blick auf die Kampagnenfinanzierung.

DIE SVP LÄSST ZAHLEN

Die Zahlen liegen bei der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK). Die SVP budgetiert für ihre Nein-Kampagne 125 000 Franken. Aus der eigenen Parteikasse kommt kein Rappen. 75 000 Franken legt der Versicherungskonzern Swiss Life auf den Rechtsnationalisten-Tisch, 50 000 Franken zahlt der Industrieverband Swissmem in die Kasse der Abschotter. Damit ist die gesamte Kampagne gegen die AHV-Finanzierung der selbsternannten Volkspartei von einem Versicherungskonzern und einem Arbeitgeberverband bezahlt. Kleinspenden: null.

SWISSLIFE ZAHLT RECHTS UND GANZ RECHTS

Auch bei der FDP, die mit knapp 890 000 Franken die Nein-Kampagne anführt, steht Swiss Life auf der Spenderliste, mit 50 000 und noch einmal 25 000 Franken. Macht 150 000 Franken, fein säuberlich hälftig verteilt zwischen den beiden Rechtsparteien. Für den Konzern ist das Portokasse. 2025 verdiente er netto 1,26 Milliarden Franken und schüttete dafür über eine Milliarde an die Aktionärinnen und Aktionäre aus. Am 1. September kündigte Swiss Life trotz höherem Halbjahresgewinn an, 600 Stellen abzubauen, die Hälfte davon in der Schweiz. Vier Wochen später datieren die Zusagen an SVP und FDP.



DIE RECHTEN ATTACKIEREN DIE AHV: Unterstützt werden sie von Konzernen und Verbänden. MONTAGE: WORK

An der Spitze des Konzerns steht Verwaltungsratspräsident Rolf Dörig. Er ist SVP-Mitglied und präsidiert die «Stiftung für bürgerliche Politik», über die Grossspender die SVP anonym unterstützen können. Das hat er selbst so gesagt. Swiss Life hiess früher Rentenanstalt, und die Lebensversicherer machten nie ein Geheimnis aus ihrer Logik. Schon 1944 schrieb die «Schweizerische Versicherungszeitschrift» sinngemäss: Wer nur eine kleine Altersrente erwarte, kaufe eine Zusatzversicherung. Zwar kostet eine höhere Mehrwertsteuer auch die Versicherer etwas, weil ihre eigenen Dienstleistungen von der Mehrwertsteuer befreit sind und sie deshalb die Mehrwertsteuer, die sie selbst auf ihre Einkäufe zahlen, nicht vom Staat zurückfordern können.

Doch für die Branche steht mehr auf dem Spiel: nämlich das Geschäft mit dem Vorsorgegeld. Jahr für Jahr wandern alleine für die Vermögensverwaltung über 5000 Millionen Franken unseres Altersguthabens in die Kassen der Finanzindustrie. Die AHV kommt pro Jahr mit unter 200 Millionen Franken Durchführungs- und Verwaltungskosten aus.

GROSSE SPENDEN, GROSSE PROFITE

Auch bei der FDP kommt das Geld nicht vom Volk, sondern von wenigen Grossen. Von ihren 549 590 Franken Geldspenden stammen ganze 4590 Franken aus Beträgen unter 15 000 Franken. Das ist weniger als ein Prozent. Den grössten Einzelbatzen von 250 000 Franken überweist ein «Aktionskomitee für Freiheit und Verantwortung» mit Berner Adresse. Wer dort einzahlt, ist öffentlich nicht bekannt. Schon 2024 flossen über diesen Verein mehr als 200 000 Franken an die FDP. Je 40 000 Franken geben die Zürcher Handelskammer, die Autoimporteure von Auto-Schweiz und die «Bonny-Stiftung für die Freiheit». 25 000 Franken spendet Philip Mosimann, Präsident des Gönnerclubs «Freunde der FDP». Eine Druckerei übernimmt Flyer und Hausverteilung im Wert von 40 000 Franken. Dazu kommen 300 000 Franken aus der Parteikasse.

ENGAGIERTE SWISSMEM

Mit einem überraschend grossen Betrag unterstützt auch Swissmem, der Arbeitgeberverband der Metallindustrie, die Kampagne gegen eine sichere AHV. Dabei bezahlt der Verband schon massiv an die Pro-Kampagne für das revidierte Kriegsmaterialgesetz. Dieses will zulassen, dass Schweizer Waffen an Diktaturen und völkermörderische Regime geliefert werden können. Während der Swissmem-Einsatz für die Waffenfabrikanten insofern logisch ist, als die Händler des Todes Verbandsmitglieder sind, kann die Mitfinanzierung der Anti-AHV-Kampagne nur ideologisch erklärt werden. Swissmem-Direktor ist Stefan Brupbacher. Er war FDP-Generalsekretär. Und als Generalsekretär im Wirtschaftsdepartement unter FDP-Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann federführend beim Versuch, zusammen mit Marktradikalen aus dem Ausland im Zuge eines Rahmenabkommens mit der EU den Schweizer Lohnschutz zu schreddern. Vor zwei Jahren gehörte Brupbacher zu den lautstärksten Befürwortern der Renteninitiative, die ein massiv höheres Rentenalter forderte und vom Volk gegen alle Propagandamillionen massiv versenkt wurde. Zu den Vätern der Initiative gehört der damalige Jungfreisinnige Andri Silberschmidt. Der hat unterdessen gut geheiratet. Aus der BURU Holding (u. a. grösste Einzelaktionärin des Baukonzerns Implenia) seiner milliardenschweren Schwiegerfamilie flossen immerhin 25 000 Franken an die AHV-Feinde.

SCHUFTEN BIS INS GRAB?

Die 13. AHV-Rente wird im Dezember so oder so ausgezahlt. Weil die Gewerkschaften ihre Initiative clevererweise so formuliert haben, dass die rechte Parlamentsmehrheit die Einführung der 13. AHV-Rente nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben konnte. Doch ohne die 1,4 Milliarden Franken pro Jahr aus der Mehrwertsteuer wachsen die Defizite der AHV. Mitte-Ständerat Erich Ettlin sagt offen, wohin das führt: «Bei einem Nein läuft es auf eine Erhöhung des Referenzalters hinaus.» Also genau auf das, was das Stimmvolk am 3. März 2024 mit fast 75 Prozent Nein versenkt hat. Und genau auf das, was die Versicherungskonzerne und ihre Parteien schon genauso lange wollen wie tiefere AHV-Renten: Ein würdiges Leben im Alter soll es nur für Reiche und Superreiche geben. Alle anderen sollen schuften bis ins Grab.

29. November: Worüber wir noch abstimmen

MÖRDERISCHE PROFITE. Wo überall soll mit Schweizer Waffen getötet werden? Bürgerliche Parteien und die Waffenindustrie finden: möglichst überall, Hauptsache die Profite stimmen. Natürlich sagen sie das nicht offen. Aber sie haben das Kriegsmaterialgesetz so gelockert, dass Schweizer Waffen fast überall hin geliefert werden können. Ausser in die Ukraine, die ursprünglich als Vorwand für die Revision galt. Die Gewerkschaften haben die Nein-Parole beschlossen und halten fest: «Die Lockerung geht zu weit und in die falsche Richtung.» Und: «Fortschritte bei den Arbeitsbedingungen in der Rüstungsindustrie bleiben auch ohne Revision möglich.»

STEUER-ZWÄNGEREI. Im Frühling hat die Stimmbevölkerung die «Heiratsstrafe» abgeschafft und die Individualbesteuerung eingeführt. Die Mitte hat trotzdem an ihrer Initiative festgehalten. Die hat zwar nicht wie ihr Vorgängerprojekt von 2015 einen offen homophoben Zungenschlag, ist aber genauso untauglich. Nur die reichsten 10 Prozent profitieren. Alle anderen zahlen direkt oder indirekt drauf. Die Gewerkschaften lehnen die Initiative ab, auch die christlichen.

KNALLEREI. Eine Initiative will privates Feuerwerk verbieten. Sie hat laut Umfragen gute Chancen. Die Gewerkschaften haben keine Parole gefasst.



ZU GAST BEI DER UNIA: Swissmem-Direktor Stefan Brupbacher. FOTO: KEYSTONE

Industrietagung der Unia

Sozialstreit und Sozialpartnerschaft

Mindestlöhne, AHV, Kündigungsschutz, Industriepolitik, fehlender sozialer Ausgleich. An Streitthemen zwischen den Sozialpartnern mangelt es nicht. Am 29. November sind zwei Arbeitgeberchefs und der Präsident des SGB zu Besuch bei der Unia.

IWAN SCHAUWECKER

In der Schweizer Politik ist viel von Sozialpartnerschaft die Rede. Von der rechten Parlamentsmehrheit und Arbeitgeberverbänden wird der Begriff bei ihrem Kampf gegen kommunale und kantonale Mindestlöhne gerade wieder arg strapaziert. Die Realität gleicht eher einem langen Sozialstreit. Mit ihren Forderungen nach einer Politik des sozialen Ausgleichs oder nach einer industriepolitischen Strategie sehen sich Gewerkschaften und linke Parteien seit vielen Jahren mit einem unnachgiebigen rechten Bollwerk konfrontiert.

Die Realität gleicht eher einem langen Sozialstreit.

KÜNDIGUNGSSCHUTZ. Bei GAV-Verhandlungen oder paritätischen Kommissionen ist gelebte Sozialpartnerschaft jedoch auch weiterhin die Grundlage für den Ausgleich der Interessen zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitgebern. Auch das Podium der Unia-Industrietagung am 29. November in der Unia-Zentrale schafft Raum für sozialpartnerschaftlichen Dialog. Zu dieser Sozialpartnerschaft gehört auch, dass Gewerkschaftsmitglieder und Personalkommissionen für ihre Sache einstehen können, ohne dass sie eine Entlassung befürchten müssen. Dieser Kündigungsschutz für Personalkommissionen, der die Schweiz sogar auf eine schwarze Liste der ILO brachte, soll jetzt nach Jahrzehnten des gewerkschaftlichen Kampfes über die 14. flankierende Massnahme der bilateralen Verträge eingeführt werden.

PODIUM. In der Podiumsdiskussion diskutieren Swissmem-Direktor Stefan Brupbacher und Fabio Regazzi, Ständerat und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, mit SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard und mit der Unia-Industrieverantwortlichen Silvia Locatelli über den Zustand der Sozialpartnerschaft und aktuelle politische Debatten. Das Podium moderiert work-Chefredaktorin Anne-Sophie Zbinden. Auf dem Programm steht auch die Präsentation der Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung zu den Personalkommissionen in der MEM-Industrie. Am frühen Nachmittag wird dann beim Bundeshaus die Petition für einen besseren Kündigungsschutz übergeben.

INDUSTRIETAGUNG DER UNIA:

27. November, 10 bis 15 Uhr, Unia Zentralsekretariat. Anmelden unter dem Link: **rebrand.ly/industrie-tagung.**

Die Firma Scheuchzer blitzt beim Bundesrat ab:

So wollte der Gleisbau-Pionier den GAV umgehen

Ausgerechnet die Traditionsfirma Scheuchzer wollte den Gleisbau-GAV schwächen – und sich damit Vorteile gegenüber der Konkurrenz verschaffen. Nun hat der Bundesrat ein Machtwort gesprochen.



GESCHEITERT: Scheuchzer Gleisbau wollte die Lohnnebenkosten drücken. FOTO: KEYSTONE

JONAS KOMPOSCH

Der Schweizer Gleisbau ist eine überschaubare Branche. 16 grosse Firmen mit insgesamt knapp 1500 Mitarbeitenden dominieren den Markt – und konkurrieren um die Aufträge im Schweizer Schienennetz. Mit der Vereinigung Schweizerischer Gleisbauunternehmer (VSG) vertreten sie ihre Interessen. Und unterhalten mit den Gewerkschaften Unia und Syna seit Jahrzehnten einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Dieser garantiert den Gleisbauern unter anderem eine Frührente mit 60 und den Anschluss an das FAR-System.

Doch ein einziger wichtiger Player will da nicht mitmachen – weder im VSG noch im GAV noch im FAR. Es handelt sich um die Firma Scheuchzer aus Bussigny bei Lausanne. In der 1917 gegründeten Firma hat noch immer die Familie Scheuchzer das Sagen. Ihr Unternehmen ist in den letzten Jahren stark gewachsen und zählt heute rund 500 Mitarbeitende. Doch ihre Chefs haben noch nicht genug. Und so wagten sie im vergangenen Frühling einen Frontalangriff auf die Konkurrenz – aber auch auf ihr eigenes Baustellenpersonal.

Im MEM-GAV liegen die Mindestlöhne rund 800 Franken tiefer.

SCHEUCHZER BLOCKIERTE AVE-GAV

Konkret blockierte Scheuchzer die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) des neu ausgehandelten Gleisbau-GAV – per Einsprache und mit Hilfe zweier spezialisierter Anwälte. Das Ziel: Scheuchzer soll nicht mehr dem Gleisbau-GAV unterliegen. Damit hätte die Firma ihre Lohn- und besonders ihre Lohnnebenkosten senken können. Im Vergleich zur Konkurrenz hätte Scheuchzer so deutlich attraktivere Preise anbieten können.

Doch gebracht hat es nichts. Der Bundesrat erteilte Scheuchzer Mitte Oktober eine Abfuhr auf ganzer Linie und erklärte den GAV auf den 1. November für allgemeinverbindlich. Seither muss sich also auch Scheuchzer wieder fügen. Interessant ist dabei das Argument, das Scheuchzer für seine beanspruchten Sonderrechte in Stellung gebracht hatte.

NICHT MEHR NUR MASCHINENBAUER

Dazu muss man wissen: Scheuchzer hat in der Branche ein Alleinstellungsmerkmal. Die im Gleisbau nötigen Riesenmaschinen baut Scheuchzer nämlich gleich selbst. Schon in den 1920er Jahren, als der Gleisbau noch eine äusserst personal- und muskelkraftintensive Branche war, wurde Scheuchzer weltberühmt mit der Erfindung der ersten eigens für den Gleisunterhalt bestimmten Maschinen: nämlich der Schotterreinigungsmaschine, die den verdichteten Schotter löst und reinigt, sowie der Stopfmaschine, die das Gleis nach der Reinigung des Schotters wieder exakt positioniert.

Da Scheuchzer primär eine hochspezialisierte Gleisbaumaschinenfabrik war, unterstand sie lange auch nicht dem Gleisbau-GAV. Sondern dem GAV für die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM). Dessen Mindestlöhne liegen aktuell rund 800 Franken unter jenen des GAV Gleisbau. Zudem gibt es keine Frühpensionierung und entsprechend auch keine Lohnabzüge für den FAR. Da aber Scheuchzer in letzter Zeit zunehmend als Gesamtdienstleister auftrat und auch klassische Gleisbauarbeiten ausführte, kam die Firma wider Willen unter den GAV Gleisbau.

Jetzt aber argumentierten ihre Anwälte, ihr Gleisbaupersonal sei gar keines. Es handle sich vielmehr um «Hilfsmaschinisten», die «mechanisierte Arbeiten» ausführten. Für sie gelte daher der MEM-Industrie-GAV. Diese Lesart kritisierten die Gewerkschaften Unia und Syna wie auch der VSG vehement. Und auch der Bundesrat zerzauste sie nun deutlich: Es spiele nämlich «grundsätzlich keine Rolle, ob eine Tätigkeit manuell oder mechanisiert ausgeführt» werde. «Entscheidend ist einzig, ob die Betriebe Erzeugnisse oder Dienstleistungen gleicher Art anbieten und dadurch in einem Konkurrenzverhältnis stehen.» Gleisbau bleibt also Gleisbau. Punkt.

HILFE VON SWISSMEM

Das musste auch Swissmem zur Kenntnis nehmen. Der Branchenverband der Schweizer Technikindustrie hatte nämlich noch versucht, seinem Mitglied Scheuchzer unter die Arme zu greifen. Doch die Swissmem-Eingabe hatte laut Bundesrat nicht nur «nahezu denselben Inhalt» wie jene von Scheuchzer. Viel mehr sei sie auch noch «klar zu spät» eingegangen, nämlich einen vollen Monat nach Eingabefrist. Da war der Zug schon abgefahren.

Fieser Reinigungsriese: Stampfli muss schon wieder blechen!

200 Stunden Hotelzimmer geputzt, aber keinen Rappen Lohn dafür. Mit diesem Vorwurf zog eine Arbeiterin die Solothurner Stampfli AG vor den Kadi. Mit Erfolg!



BEWEISMITTEL: Das Stampfli-Abrechnungssystem verweigert Geld für geleistete Arbeit. FOTO: ZVG

JONAS KOMPOSCH

Jetzt solle man aber bitte nicht gleich wieder zur Presse rennen! So äusserten sich dem Vernehmen nach Vertreter des Reinigungsunternehmens Stampfli AG am 10. November vor dem Friedensrichteramt Zürich. Und dies, notabene unmittelbar nachdem die Stampfli-Kader in einen aussergerichtlichen Vergleich eingewilligt hatten. Blöd nur: Stillschweigen wurde nicht vereinbart. Daher darf berichtet werden. Der zum deutschen Wisag-Konzern gehörende Solothurner Reinigungsriese Stampfli muss schon wieder einer Ex-Angestellten Lohn nachzahlen – diesmal sind es 2400 Franken. Zugute gehabt hätte die Reinigerin wohl das Doppelte. Denn sie putzte für Stampfli ein halbes Jahr lang im Marriott Hotel Oerlikon und bekam in dieser Zeit laut Eigenaussage 200 geleistete Arbeitsstunden nicht vergütet. Beweisen konnte sie das allerdings nicht, da sie neben der firmeneigenen Zeiterfassung nicht auch noch selbst Buch geführt hatte.

SYSTEMATIK. Im September erst hatten Stampfli-Arbeiterinnen vor dem betreffenden Hotel protestiert und Lohnklau-Vorwürfe erhoben. Unterstützt wurden sie von der gewerkschaftlichen Basisgruppe «Zürich Solidarisch». Auch am 10. November war die Gruppe dabei und begleitete die Arbeiterin zur Schlichtung. Um einen Einzelfall handle es sich keineswegs, betont Zürich Solidarisch: «Die Arbeiterinnen werden pro geplantes zu reinigendes Zimmer bezahlt. Für ein Zimmer sind zwölf Minuten vorgesehen. Dauert die Reinigung länger, wird diese zusätzliche Zeit nicht vergütet.» Auch Vorgaben seien bloss «Richtwerte». «Korrekte Beanstandungen» würden ernst genommen, ein systematisches Fehlverhalten gebe es nicht.

Stampfli verletzt das Arbeitsrecht und den Reinigungs-GAV.

Keine Systematik? Die Unia verfügt über mehrere interne Stampfli-Dokumente, die etwas anderes nahelegen. So schreibt der Spartenleiter Hotel Services in einem internen Kanal an die Reinigerinnen: «Es werden nur die Arbeitszeiten der Projekte für Ihren Lohn berechnet. Alle Ihre abgearbeiteten Vorgabezeiten Ihrer Projekte ergeben Ihre Arbeitszeit.» Zudem hatte die Gewerkschaft Einsicht in das Stampfli-eigene digitale Stempelsystem. Übersteigt die dort eingetragene Arbeitszeit die vorgegebene «Projektzeit», meldet das System automatisch: «Sie hatten zu lange. Diese Zeit wird nicht berechnet.»

Auf Anfrage verweist Stampfli-Sprecherin Jasmin Rüetschli auf eine frühere Stellungnahme, in der sie die Vorwürfe bestritt: Bezahlt werde die effektive Arbeitszeit, und die Zeitvorgaben würden nicht bezahlt. Ebenso wenig die Arbeitszeit für spontan zusätzlich zugewiesene Zimmer. Das steht geltendem Arbeitsrecht genauso entgegen wie dem geltenden Reinigungs-GAV.



TREFFPUNKT FÜR DIE COMMUNITY: Der Lebensmittelladen von Unia-Vertrauensmann Manuel Antonio Rodrigues und seiner Frau Fernanda Ribeiro in Davos.

Portugiesische Community in Davos:

Die zwei Gesichter des boomenden Tourismus

Der Tourismus in Graubünden boomt, auch dank Tausenden Portugiesinnen und Portugiesen, die längst Teil der Bündner Gesellschaft sind. Viele müssen aber immer noch ganz unten durch. Reportage aus Davos.

JONAS KOMPOSCH | FOTOS STEPHAN BÖSCH

Direkt am Bahnhof Davos Dorf hat im August 2025 die «Loja do Manel» eröffnet, der Lebensmittelladen von Unia-Vertrauensmann Manuel Antonio Rodrigues (48). Neben portugiesischen Spezialitäten wie Pastel de Nata, Chouriço und Bacalhau gibt es auch Kunsthandwerk. Vor allem aber ist der Laden rasch zu einem sozialen Treffpunkt geworden. Hier begegnen sich Portugiesinnen und Portugiesen aus der ganzen Region, besonders an Feierabenden in der dazugehörigen Vinothek.

Ansonsten herrscht in der höchsten Stadt der Alpen noch beschauliche Zwischensaison. Aber schon bald werden sich zu den 11 000 Einwohnenden dreimal so viele Wintersportgäste gesellen. Mehr als jeder vierte Franken wird in Graubünden mit Tourismus verdient, fast jeder dritte Arbeitsplatz hängt direkt davon ab. Besonders Davos Klosters profitiert: Rund eine Million Übernachtungen verzeichnet die Region jährlich. Und dabei spielen die Portugiesinnen und Portugiesen eine zentrale Rolle.

EINE GEMEINSCHAFT, ZWEI SEITEN

Rund 700 von ihnen leben in Davos, 9000 im ganzen Kanton. Damit bilden sie Graubündens grösste ausländische Bevölkerungsgruppe. Im Winter kommen noch Hunderte Saisonniers hinzu.

Bruno da Costa Palmeira, Unia-Bausekretär, kennt ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen bestens. Er begegnet seinen Landsleuten vor allem auf dem Bau, in der Reinigung sowie in Küchen, Restaurants und Hotels. Doch allein auf ihre Arbeit möchte er sie nicht reduzieren: «Nach



ANSPRECHPERSON: Unia-Mann Bruno da Costa Palmeira mit Büezerin Paula Vila.

Jahrzehnten portugiesischer Migration sind sie längst auch Teil der Bündner Gesellschaft.» Die Begegnungen bei «Manel» zeigten, wie Zugehörigkeit entstehe: «Menschen bringen etwas aus Portugal mit und nehmen gleichzeitig viel aus ihrer Schweizer Umgebung auf. Das gefällt mir!»

Aber da Costa sieht auch die Kehrseite der Tourismusindustrie: «Viele Zugewanderte arbeiten unter unwürdigen und schwierigsten Bedingungen.» Fast wöchentlich treffe er auf Menschen, die von ihrem Chef betrogen würden.

KÜNDIGUNG WÄHREND DER KRANKHEIT

Paulo Barroso (54) hat solche Erfahrungen gemacht. Nach Jahren als Kellner arbeitet er heute im Spital Davos in der Reinigung. Über seinen früheren Arbeitgeber – ein bekannter Churer Hotelier – sagt er: «Er tat alles, um mein Leben zu zerstören.» Nach einem Konflikt mit seiner Vorgesetzten wurde Barroso krankgeschrieben. Bereits am zweiten Tag schasste ihn der Chef fristlos – wegen angeblichen Diebstahls.

«Ich schob Panik», erinnert sich Barroso, «denn mit einer solchen Begründung zahlt das RAV zunächst gar nichts.» Die Vorwürfe seien erfunden gewesen, doch der Chef habe gewusst, dass er sich keinen Anwalt würde leisten können. Über seinen Bruder fand er zu Unia-Mann da Costa. «Bruno war der erste, der mir wieder Hoffnung gab!» Weil der Hotelier nicht einlenkte, zog ihn die Gewerkschaft vor Gericht. Mit Erfolg: Barroso erhielt 12 000 Franken Entschädigung.

AUSBEUTUNG UND FEHLENDER RESPEKT

Weniger Glück hatte Paula Vila (52). Nach sechs Saisons als Tellerwäscherin in einem Viersternehotel ist sie heute krankgeschrieben. Ihre Arbeitstage dauerten von 6.30 bis 23 Uhr, unterbrochen von 4,5 Stunden Pause. Dafür erhielt sie netto 2600 Franken im Monat. Krank wurde sie, nachdem sie sich über einen sexuell übergriffigen Kollegen beschwert hatte und der Direktor sie daraufhin fertiggemacht habe. Der mangelnde Respekt zeigt sich bei Vila sogar in den Arbeitsverträgen: Ihre zunehmende Erfahrung mit jeder neuen Saison wurde nicht etwa honoriert, sondern bestraft – mit immer tieferen Stundenlöhnen! Nun will sie abreisen: «Hier sind wir bloss Nummern, wer nicht spurt, wird einfach ersetzt.»

Manuela Pereira* (46) hingegen ist geblieben. Sie kam 2012 mit ihrer Tochter nach Davos und fand eine Stelle in einer Pizzeria. Neun Monate lang habe sie fast täglich 14 Stunden gearbeitet. Für ihre Tochter, die unter einem fremdenfeindlichen Lehrer gelitten habe, blieb kaum Zeit. «Sie weinte jeden Abend.» Zudem zahlte ihr Chef weder Überstunden noch die verrechneten Kinderzulagen aus. Auch später in einer Bäckerei habe sie unter miserablen Bedingungen gearbeitet. Während des Spengler-Cups und des WEF seien 23 Arbeitstage am Stück vorgekommen. Überhaupt gelte während des WEF das Recht des Stärkeren. «Viele von uns müssen dann in Garagen oder Velokellern schlafen, weil die Chefs unsere Zimmer zu horrenden Preisen weitervermieten.»

«Wer nicht spurt, wird ersetzt.»
TELLERWÄSCHERIN PAULA VILA

Ladenbesitzer Manel bestätigt solche Zustände. Früher als Hilfskoch sei auch er einmal über den Tisch gezogen worden, von einem Viersternehotel. work will es noch genauer wissen und fragt spontan auf einer Davoser Strassenbaustelle nach. Alle Arbeiter sind Portugiesen, auch der 28jährige Polier. Er sagt: «Ich bin hier geboren, aber mit Diskriminierung aufgewachsen.» In der Schule hätten ihm Lehrpersonen schlechtere Noten gegeben. Und als er die Mittelschulprüfung machen wollte, habe es geheissen: «Nein, das ist nichts für Portugiesen.» Heute sei es zum Glück nicht mehr so schlimm.

VOM SAISONARBEITER ZUM DIREKTOR

José Dias (59) hat den Wandel selbst erlebt. 1991 begann er als Kellermeister im Kongresshotel, heute ist er dessen Direktor. Unter dem früheren Saisonnierstatut seien die Bedingungen sehr schwierig gewesen. Besonders um das Jahr 1994. Damals führte Graubünden ein Gesetz ein, das Paaren mit B-Ausweis und Kindern unter zehn Jahren untersagte, dass beide berufstätig waren. Für Dias hatte das drastische Konsequenzen: «Meine Frau verlor vom einen Tag auf den anderen die Arbeitsbewilligung.» Diese Diskriminierung habe ihn geprägt. Doch Davos habe sich geändert. «Uns Portugiesen findet man heute in allen Positionen und Branchen.» Allerdings wisse auch er von den negativen Erlebnissen einiger seiner Landsleute. Umso wichtiger ist Dias, mit seinem Betrieb beispielhaft voranzugehen. «Respekt ist für uns ein ganz zentraler Wert.» Und wie hält es der Chef mit der Unia? «Sie leistet wichtige Arbeit. Mehrere unserer Mitarbeitenden sind auch Mitglied.»

VERANTWORTUNG DER WIRTSCHAFT

Auch SP-Landammann Philipp Wilhelm (38), seit 2021 im Amt, sieht die portugiesische Bevölkerung als festen Bestandteil des Davoser Alltags. Er bemühe sich, die Lebensbedingungen in Davos zu verbessern. Dazu gehörten mehr kommunale Ganzjahresstellen, Investitionen in den Sommertourismus, um auch mehr private Dauerstellen zu ermöglichen, kostenlose sprachliche Frühförderung sowie zusätzliche Kitaplätze. Unia-Mann Bruno da Costa kennt diese Anstrengungen. Sein Appell richtet sich deshalb vor allem an die Wirtschaft: «Ich wünsche mir einen Tourismus, auf den wir stolz sein können. Aber nicht nur wegen unserer wunderbaren Landschaft, der Hotels und der Gastronomie. Sondern auch wegen der Art, wie wir mit jenen umgehen, die mit ihrer Arbeit all das erst möglich machen.»

* Name geändert

Massenentlassung

«ILO wie ein Konzern»

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist in finanziellen Nöten und plant eine Massenentlassung. Doch der Konsultationsprozess bei der Uno-Organisation in Genf ist alles andere als vorbildlich.

IWAN SCHAUWECKER

Der Verwaltungsrat der ILO, der sich aus 56 Vertreterinnen und Vertretern von Regierungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammensetzt, wählte am 16. November ihren bisherigen Generaldirektor Gilbert Houngbo (65) wieder zum Chef. Er soll die ILO trotz gewerkschaftlicher Kritik auch während der nächsten fünf Jahre durch die grösste Krise ihrer 107jährigen Geschichte führen. Denn die Uno-Organisation mit Sitz in Genf hat ein massives Defizit. Grund sind fehlende Zahlungen von Mitgliedstaaten, insbesondere der USA, welche die Beitragszahlung von jährlich 84 Millionen Franken seit 2024 verweigern. Der ILO-Verwaltungsrat hat im September deshalb die Streichung von 126 Vollzeitstellen beschlossen.

UNTERSTÜTZUNG

Doch die Belegschaft weiss bis heute nicht, welche Stellen betroffen sind und wie die Arbeit nach der Massenentlassung organisiert werden soll. Der vom Personal im Anschluss an das Konsultationsverfahren erstellte Bericht blieb folgenlos. Die Personalgewerkschaft der ILO hat deshalb den Genfer Gewerkschaftsbund (CGAS) um Unterstützung gebeten.



IN DER KRITIK: Gilbert Houngbo bleibt ILO-Chef. FOTO: KEYSTONE

Bei einer Protestkundgebung mit fast 300 Personen stellten die Mitarbeitenden Forderungen an den Verwaltungsrat. Yves Defferrard, Regionalsekretär der Unia und Vizepräsident der CGAS, erklärt: «In dem Bericht hatten wir mehrere Alternativen zur Kosteneinsparung vorgeschlagen.» Und weiter: «Wir hatten auch Kontakt zum Genfer Staatsrat, der sofort reagierte und bereit war, finanziell einzusteigen. Aber die Leitung der ILO hat sich wie die Führung eines multinationalen Konzerns verhalten. Es gibt keine Bereitschaft zur Diskussion.» Der Konsultationsprozess in einer Institution, die weltweit als Vorbild in Sachen Arbeitsrecht gelten sollte, sei alles andere als vorbildlich.

Die Institution sollte ein Vorbild sein.

GANZE FAMILIEN BETROFFEN

Besonders gravierend ist die Entlassung für das internationale Personal der ILO. Mireille Senn von der ILO-Personalgewerkschaft sagt: «Bei einer Entlassung ist oft die ganze Familie betroffen.» Denn mit dem Verlust des Arbeitsplatzes verlieren internationale ILO-Mitarbeitende auch häufig ihre Arbeitserlaubnis und ihre Aufenthaltsbewilligung. Europäerinnen und Europäer haben dann sechs Monate Zeit, die Schweiz zu verlassen. Alle anderen lediglich zwei Monate. Senn sagt: «Viele der Uno-Mitarbeitenden haben sich hier ein Leben aufgebaut, mit Kindern in der Schule und einem sozialen Umfeld.» Für sie ist eine Entlassung besonders gravierend.

Erst Zohran Mamdani, dann Elif Eralp, jetzt Abdul El-Sayed

Wie Secondas die politische Bühne via Tiktok erobern





ZWEI LÄNDER, EIN ERFOLGSREZEPT: Abdul El-Sayed (l.) und Elif Eralp haben die Menschen über Tiktok und Instagram erreicht. FOTOS: KEYSTONE

Mamdani in New York, Eralp in Berlin, El-Sayed im US-Senat: diese Linken reiten zurzeit auf einer politischen Erfolgswelle. Ihr Geheimnis: Menschlichkeit, Nahbarkeit und Humor in ihrem Onlineauftritt. Und: kein Tiktok-Video ist ihnen zu peinlich.

DARIJA KNEŽEVIĆ

«Michigan, we did it. Mein Name ist Abdulrahman Mohamed El-Sayed, und ich bin so stolz, hier zu stehen als euer gewählter Senator.» Das waren die ersten Worte von Abdul El-Sayed am 4. November 2026. Als erster Mann mit muslimischem Glauben hat er einen Sitz im Senat, dem «Ständerat» des US-Parlaments. Eine Sensation! Und für US-Präsident Donald Trump eine peinliche Niederlage. Schon Wochen im voraus versuchte Trump, den Demokraten mit antimuslimischen Aussagen zu diffamieren. Der US-Präsident behauptete, El-Sayed hasse nicht nur Juden und Schwarze, sondern gleich das ganze Land. Weiter wollte Trump verhindern, dass ein «Jihadist» in den Senat einziehe. Bei einem Auftritt sagte er: «Stellt euch vor, er müsste durch einen Metalldetektor.» El-Sayed konterte: «Hier ist der Deal, Donald: Ich gehe durch einen Metalldetektor, wenn du dich an einen Lügendetektor setzt. Ganz simpel – ich habe nichts zu verstecken, im Gegensatz zu dir.»

Die Terror-Tirade von Trump hielt El-Sayed in seinem Wahlkampf nicht auf. Im Gegenteil. Der gebürtige Amerikaner mit ägyptischen Wurzeln ist Secondo und stolz auf seine Herkunft und seine Religion. Als Mediziner liegt sein Fokus auf bezahlbarer medizinischer Versorgung für alle. Der Demokrat grenzt sich in seiner Kampagne klar von Lobbygeldern ab. Mit seinem Wahlslogan «Geld aus der Politik, Geld in eure Hosentaschen und medizinische Versorgung für alle» erreichte er die Menschen. Doch ein entscheidendes Element seines Wahlerfolges ist El-Sayeds unterhaltsamer Auftritt in den sozialen Medien.

KEINE ANGST VOR BLAMAGE

Fünf Millionen Menschen erreichte Abdul El-Sayed in seinem Vorstellungsvideo. Darin präsentiert er sich und sein politisches Programm und gibt einen kleinen Einblick in sein Familienleben. Das Ganze ist raffiniert verpackt: Der Politiker inszeniert sich als Kandidat bei der Datingshow «Love Island». Und genau mit dieser Leichtigkeit begibt er sich auf Augenhöhe mit seinen potentiellen Wählerinnen und Wählern. Er hat keine Angst, mit unterhaltsamen Videos an Professionalität zu verlieren. Im Gegenteil: Ihm ist bewusst, dass er so die jungen Menschen besser erreicht. Einen ähnlichen Onlineauftritt verfolgte Zohran Mamdani während seines Wahlkampfs zum Bürgermeister von New York.

Mamdani gilt als Vorbild unter linken Politikerinnen.

MIT DEM VELO DURCH NEW YORK CITY

Dem Tiktok-Kanal von Zohran Mamdani folgen zurzeit 4,2 Millionen Menschen. Seine Videos erreichen Leute weit über die Grenzen von New York hinaus, innert weniger Monate wurde er mit seiner Strategie zum Shootingstar auf Instagram und Tiktok. Einer der häufigsten Kommentare der User rund um den Globus: «Das ist mein Bürgermeister (ich lebe nicht mal in New York).» Er zeigt sich beim Feiern, beim Basketballspiel seines Lieblingsclubs. Und sogar bei seinen Velofahrten durch New York halten seine Social-Media-Profis die Kamera auf ihn. Nicht nur persönlich, sondern auch online steht er im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern seiner Stadt.

Und genau mit dieser Lockerheit bringt der Sozialdemokrat seine politische Agenda voran. Während seiner Amtszeit von knapp zehn Monaten hat er Beeindruckendes erreicht: Mietanpassungen für rund eine Million Wohnungen, mehr Kinderbetreuung und höhere Steuern für Luxus-Zweitwohnungen, ganz im Zeichen von seinem Slogan «Tax the rich». Mamdani ist der erste muslimische Bürgermeister von New York. Er ist in Uganda geboren, lebte dort und in Südafrika, bis er im Alter von sieben Jahren nach New York zog. Seine Migrationsgeschichte ist geprägt durch seine indische Mutter und den Vater aus Uganda.

MAMDANIS SCHULE

Mamdanis Auftritt in den sozialen Medien gilt als grosses Vorbild unter linken Politikerinnen und Politikern. Darunter auch Elif Eralp, Politikerin bei den Linken und Spitzenkandidatin für das Amt der Bürgermeisterin von Berlin. Vor ihrem Wahlkampf liess sie sich von Mamdanis Wahlkampfchef Morris Katz beraten lassen. Und da hat Eralp offensichtlich ganz genau zugehört: In den sozialen Medien setzt sie sich als nahbare Frau in Szene. Dazu die ikonische Halskette mit der schnörkeligen Aufschrift «Mietendeckel» – Eralps höchste politische Priorität für Berlin.

Auch sie ist Kind von Einwanderern. Ihre Eltern flüchteten aus der Türkei nach Deutschland, Eralp selbst kam in München zur Welt und zog als frischgebackene Juristin vor 16 Jahren nach Berlin.

Historische Wahl: Ihre Erfolge machen die Midterms besonders

Die Demokraten holen sich bei den Zwischenwahlen in den USA ihre Macht zurück. Im Repräsentantenhaus wie auch im Senat wird neu die Mehrheit von demokratischen Politikerinnen und Politikern besetzt. Wegen dieser Politiker und Politikerinnen ist dieser Wahlausgang eine Sensation:

- **Peggy Flanagan** (Minnesota) ist die erste indigene Frau, die in den US-Senat gewählt wurde.
- **Chris Pappas** (New Hampshire) ist der erste offen schwule Mann, der in den Senat einzieht.
- **Abdul El-Sayed** (Michigan) ist der erste muslimische Mann, der einen Sitz im Senat gewinnt.
- Und zudem **Juliana Stratton** (Illinois), **Angela Alsobrooks** (Maryland) und **Lisa Blunt Rochester** (Delaware): Das erste Mal in der Geschichte der USA sitzen drei schwarze Frauen im Senat.
- **Deb Haaland** (New Mexico) ist die erste indigene Frau, die zur Gouverneurin eines US-Bundesstaates gewählt wurde.
- **Keisha Lance Bottoms** (Georgia) ist die erste schwarze Frau, die zur Gouverneurin eines US-Bundesstaates gewählt wurde.
- **Gina Hinojosa** (Texas) ist die erste Frau mit lateinamerikanischen Wurzeln, die ebenfalls zur Gouverneurin gewählt wurde. (dak)



QUELLE: INSTAGRAM (KI-GENERIERT)



STOLZER BERUFSMANN: Während seiner 15 Jahre als Briefträger hat Oleksandr Mazyr zahlreiche Gedenkumschläge und Briefmarken gesammelt. FOTOS: BENGT SIGVARDSSON



ZERSTÖRTES POSTAMT: Hunderttausende Gebäude wurden im Krieg getroffen, darunter etwa 700 Postämter von Ukrposhta.



VIRA SHAIIEVA: Stellvertretende Vorsitzende der Vereinigten Gewerkschaft von Ukrposhta.



NATALIA MAZUR: Vorsitzende der Gewerkschaft der Kommunikationsbeschäftigten der Ukraine.

Postbote Oleksandr Mazyr (61) über den Alltag im Ukrainekrieg

Briefe und Renten trotz Raketenalarm

Ukrainische Postangestellte riskieren ihr Leben, um auch während Drohnen- und Raketenangriffen Briefe und Renten zuzustellen. Der 61jährige Oleksandr Mazyr hat genau das erlebt.

BENGT SIGVARDSSON*

Oleksandr Mazyr blickt auf die beschädigte Fassade eines Hochhauses im Kiewer Stadtteil Berezniaky. Er zeigt auf einen der Eingänge, der inzwischen mit einer grossen Sperrholzplatte verschlossen ist. «Das war der Eingang zu dem Postamt, in dem ich 15 Jahre lang als Briefträger gearbeitet habe. Es wurde am 28. August 2025 bei einem russischen Drohnenangriff zerstört», sagt Mazyr.

Es ist eine von fast 700 Poststellen des staatlichen Postdienstes Ukrposhta, die seit Beginn der russischen Vollinvasion der Ukraine im Februar 2022 vollständig oder teilweise zerstört wurden. «Der Angriff ereignete sich früh am Morgen. Zum Glück befand sich niemand im Gebäude», sagt Mazyr.

Die Briefträger gehen von Tür zu Tür und übergeben die Renten in bar.

Ob das Postamt gezielt angegriffen wurde, ist unklar. Die Post gilt jedoch als kritische Infrastruktur eines Landes, und ein direkter militärischer Angriff ist ein Verstoss gegen das humanitäre Völkerrecht. Die Postangestellten liefern Briefe, Renten, Medikamente und andere lebenswichtige Güter in die vom Krieg am schwersten betroffenen Gebiete. An manchen Orten ist Ukrposhta die einzige noch funktionierende staatliche Finanzinstitution. Deshalb ist die Hälfte der männlichen Mitarbeiter von der militärischen Mobilisierung ausgenommen und stattdessen für den Postdienst während des Krieges vorgesehen.

«Als der Krieg ausbrach, wollte ich zur Armee. Mein Antrag wurde jedoch abgelehnt. Man hielt mich für zu alt und war der Meinung, dass ich im Postamt nützlicher sei», sagt Mazyr.

IM DIENST GETÖTET

Seit Beginn der russischen Vollinvasion wurden 45 Ukrposhta-Mitarbeitende getötet, vor allem Briefträger und Fahrer. Auch rund 20 Mitarbeiter des konkurrierenden privaten Unternehmens Nova Poshta haben ihr Leben verloren. Wenn in Kiew die Luftschutzsirenen heulen, setzen die Postangestellten ihre Arbeit trotz Drohnen- und Raketenangriffen fort, die stundenlang andauern können.

Mazyr sagt: «Ich habe nie versucht, einen Luftschutzbunker aufzusuchen. Die Postzustellung in Kiew wurde nur während der ersten beiden Kriegstage ausgesetzt, weil niemand wusste, ob prorussische Kräfte bestimmte Wohnviertel einnehmen würden. Das ist aber nie passiert, also machten wir weiter wie gewohnt.»

Vor dem Krieg sei seine Arbeit «ziemlich ruhig» gewesen, sagt er und geht ins Detail: «Wir waren sechs Briefträger und arbeiteten von neun bis fünf. Wir stellten die Post in etwa 20 Hochhäusern zu. Wenn man effizient arbeitete, konnte man es am Nachmittag ruhiger angehen lassen. Im Laufe der Jahre ging die Zahl der Briefe aufgrund der Digitalisierung zurück. Die wichtigste Aufgabe von Ukrposhta war jedoch schon immer die Auszahlung der Renten.»

TASCHEN VOLLER BARGELD

Die Renten werden in bar ausgezahlt. Die Briefträger gehen von Tür zu Tür und übergeben das Geld direkt den Empfängern oder dazu berechtigten Familienangehörigen. «Das Geld wird in einem Auto mit bewaffneten Sicherheitskräften zum Postamt gebracht. Danach laufen wir Briefträger jedoch alleine unsere Zustellrouten ab und tragen Taschen voller Bargeld mit uns herum», sagt Mazyr.

Zu Beginn des Krieges befürchteten die Postangestellten, dass der Sicherheitsapparat zusammenbrechen könnte und sie dadurch zu leichten Zielen für Räuber würden.

«Aber die Polizei hat die öffentliche Sicherheit aufrechterhalten. Ich bin noch nie Opfer eines versuchten Raubüberfalls geworden», sagt er.

Kurz nach Kriegsausbruch wurde die Zahl der Briefträger in seinem Gebiet von sechs auf zwei reduziert. Das lag zum Teil an der Mobilisierung und zum Teil daran, dass viele Einwohnerinnen und Einwohner weggezogen waren. «Die Zahl der Postsendungen ging zurück, aber unsere Arbeitsbelastung stieg. Jetzt waren wir nur noch zu zweit und mussten die Post in 20 Hochhäusern zustellen», sagt Mazyr.

Russland greift regelmässig die ukrainische Energieinfrastruktur an. Die Folge sind langanhaltende und wiederkehrende Stromausfälle, bei denen auch die Aufzüge nicht mehr funktionieren. «Die Gebäude hier haben 15 Stockwerke. Trotzdem muss die Post zugestellt werden, auch wenn die Aufzüge ausser Betrieb sind. Ich habe es mit Hilfe meiner Frau geschafft und manchmal samstags und sonntags ohne Bezahlung gearbeitet», sagt Mazyr.

ENTLASSEN

Kurz bevor das Postamt zerstört wurde, beschloss Ukrposhta, die Zahl der Briefträger in dem Gebiet auf nur noch eine Person zu reduzieren. «Ich musste gehen, weil ich der Älteste war», sagt Mazyr.

Da er nun nicht mehr für die Post arbeitet, kann er offen über die Arbeitsbedingungen sprechen. Wegen der strategischen Bedeutung von Ukrposhta erlaubt die Unternehmensleitung aktiven Briefträgern keine Interviews. Kein Postangestellter aus der Region Kiew war bereit, sich interviewen zu lassen – auch nicht anonym. Eine mögliche Erklärung dafür ist das seit Kriegsbeginn geltende Kriegsrecht, das die Arbeitnehmerrechte erheblich eingeschränkt hat. Arbeitgeber können Beschäftigte ohne triftigen Grund entlassen. «Die Menschen haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Sie trauen sich nicht, zu protestieren oder sich zu beschweren», sagt Mazyr.

In der Bevölkerung ist das Ansehen der Briefträger während des Krieges deutlich gestiegen. «Wir stellen die Post immer zu. Wie sollten die Rentner ohne uns zurechtkommen? Wenn sie keine Kinder oder Angehörigen mehr hier haben, sind wir oft die einzigen Menschen, mit denen sie Kontakt haben. Wenn sie Hilfe beim Einkaufen oder beim Abholen von Medikamenten brauchen, organisieren wir das. Es geht also nicht nur darum, Renten auszuzahlen und Briefe zuzustellen. Wir sind genauso sehr Sozialarbeiter wie Briefträger», sagt Mazyr.

SYMBOLISCHE BEDEUTUNG

In der Zentrale von Ukrposhta im Zentrum Kiews treffen wir Natalia Mazur, die Vorsitzende der Gewerkschaft der Kommunikationsbeschäftigten der Ukraine. Sie sagt, dass Ukrposhta für das Land eine grosse symbolische Bedeutung habe. «Wir sind die letzte staatliche Institution, die Gebiete verlässt, die unter russische Besatzung geraten, und die erste, die nach ihrer Befreiung zurückkehrt. Ich bin stolz auf unsere Postangestellten, die unter diesen schwierigen Bedingungen trotz niedrigen Löhnen weiterarbeiten», sagt Mazur.

Gemäss Vira Shaiieva, stellvertretender Vorsitzender der Vereinigten Gewerkschaft von Ukrposhta, liegen die Monatsgehälter der Postangestellten bei umgerechnet etwa 365 Euro. «Seit 2022 sind sie um acht Prozent gestiegen, aber die Inflation war wesentlich höher. Von diesem Gehalt kann man nicht gut leben», sagt Shaiieva.

Das Kriegsrecht bedeutet ausserdem, dass Streiks verboten sind und Beschäftigte auch an gesetzlichen Feiertagen arbeiten müssen. In einigen Postämtern werden den Mitarbeitenden keine Ferien gewährt. Der Einfluss der Gewerkschaft bei Tarifverhandlungen ist begrenzt. Ihr Hauptaugenmerk liegt inzwischen darauf, ihre besonders schutzbedürftigen Mitglieder mit humanitärer Hilfe zu unterstützen. Ausserdem organisiert sie Aktivitäten für die Kinder der Postangestellten, beispielsweise Sommerlager.

«Sehr viele unserer Mitglieder haben mit psychischen Belastungen zu kämpfen. Wir können ihnen jedoch moralische und psychologische Unterstützung bieten und, soweit es möglich ist, finanzielle Hilfe leisten», sagt Mazur abschliessend.

* Bengt Sigvardsson ist freier Journalist aus Schweden und berichtet regelmässig für nordische Magazine aus Krisengebieten über die sozialen Folgen von Konflikten. Der Artikel über Postangestellte in der Ukraine ist eine Übersetzung und wurde von work redigiert.

Grosse Demo für Demokratie und Journalismus in Bern

«Alle haben Angst um ihre Jobs»

Journalistinnen und Journalisten der grössten Schweizer Medienhäuser organisieren sich erstmals gemeinsam und rufen auf zu einer Demo auf dem Bundesplatz. Sie fordern die Stärkung lokaler Medien und eine Regulierung der Techkonzerne.

IWAN SCHAUWECKER



JOURNIS STATT KI: Protest beim Zürcher Medienkonzern Tamedia von Anfang November. FOTO: KEYSTONE

Lea Schüpbach (34) arbeitet seit 11 Jahren als Redaktorin beim SRF. Doch noch nie war die Stimmung im Betrieb so schlecht wie in diesem Herbst: «Alle haben Angst um ihre Jobs, das beeinträchtigt natürlich auch unsere journalistische Arbeit», sagt Schüpbach. Für sie geht es dabei um weit mehr als den eigenen Arbeitsplatz: «Jede gestrichene Stelle führt zu weniger Recherchen, weniger kritischen Fragen und weniger journalistischer Vielfalt.» Die SRG gab im Oktober den Abbau von 289 Vollzeitstellen bekannt, und bis 2029 sind weitere Entlassungswellen geplant. Grund für den Kahlschlag bei der SRG ist das Sparprogramm von Albert Rösti. Der Medienminister zwang dem öffentlichen Medienhaus trotz klarem Rückhalt bei SRG-Volksabstimmungen ein Sparprogramm von 270 Millionen Franken auf.

2000 JOURNALISTINNEN WENIGER

Neben der Massenentlassung bei der SRG gibt es auch immer wieder Kündigungen bei privaten Zeitungsverlagen. Zuletzt bei Tamedia, wo der Zürcher Medienkonzern im Oktober ebenfalls 41 Personen auf die Strasse stellte. Die Entlassungen sind Teil eines jahrelangen Niedergangs der Branche mit sinkenden Abozahlen und abfliessenden Werbegeldern zu Techkonzernen. Zwischen 2010 und 2024 sank die Zahl der journalistisch tätigen Personen in der Schweiz so insgesamt um rund 16 Prozent. Das entspricht fast 2000 Medienschaffenden. Seit 2003 sind über 70 Zeitungstitel in der Schweiz verschwunden.

Grössere Widerstände mit Protestaktionen oder Streiks gab es in dieser Zeit allerdings nie. Die Solidarität und die gewerkschaftliche Organisierung über die verschiedenen Medientitel hinweg waren schwach. Doch dies ändert sich in diesen Wochen: Mit der neu gegründeten «Media Alliance» schliessen sich Medienschaffende von Tamedia, Ringier, SRG, CH Media, NZZ, Le Temps und weiteren Schweizer Lokalmedien zusammen und stellen Forderungen an die Politik. Auch Schüpbach ist als Vorstandsmitglied der Mediengewerkschaft SSM am Aufbau der Allianz beteiligt. Sie sagt: «Das politische Schweigen ist eine Berufskrankheit, von der auch ich lange Zeit betroffen war.» Das soll sich ändern.

DEMO AUF DEM BUNDESPLATZ

Die Allianz organisiert am 21. November eine Demo auf dem Bundesplatz, wo Medienschaffende eine zentrale Botschaft an die Politik haben: «Journalismus ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für eine informierte Gesellschaft.» Die Allianz fordert Fördermodelle, die unabhängigen Journalismus langfristig sichern. Auch die Einführung einer Abgabe auf Umsätze von Plattformen müsse ernsthaft geprüft werden. Gefordert wird auch eine systematische Förderung der Nachrichten- und Medienkompetenz in Schulen und Ausbildung. Denn mit Social Media und KI wird die Verbreitung manipulierter Inhalte immer einfacher, und Redaktionen verfügen über immer weniger Ressourcen, um diese Informationen journalistisch zu überprüfen.

Seit 2003 sind über 70 Zeitungstitel in der Schweiz verschwunden.

Wie entscheidend Qualitätsjournalismus ist, zeigt auch das Jahrbuch «Qualität der Medien 2026» der Uni Zürich: Demnach nutzen 42 Prozent der Bevölkerung in der Schweiz kaum journalistische Inhalte und sind dadurch am anfälligsten für Desinformation. Um den PR-Maschinen der Konzerne etwas entgegenzusetzen, braucht es nicht mehr KI, sondern vor allem mehr Geld. Und Mut für kritische journalistische Inhalte.

Mehr Infos zur Demo: **demo.mediaalliance.ch**

SGB-KONGRESS

SOLIDARITÄT MIT MEDIENSCHAFFENDEN

Der SGB-Kongress erklärt sich solidarisch mit den Arbeitnehmenden in der Medienbranche und unterstützt die Forderungen der Branchengewerkschaften:

- **Die Politik muss handeln:** Es muss in die Medienbranche investiert werden. Die politischen Entscheidungsträgerinnen müssen für eine echte und wirkungsvolle Medienförderung einstehen und entsprechende Systeme einführen wie auch die finanziellen Mittel dafür bereitstellen.
- **Medienförderung mit verbindlichen Kriterien:** Die neue Medienförderung muss an verbindliche Kriterien geknüpft werden. Dazu gehören Mitwirkungsrechte und die Pflicht, Arbeitsbedingungen in Gesamtarbeitsverträgen zu regeln, eigene Investitionen durch die Medienhäuser und der Verzicht auf überhöhte Dividenden.
- **Massenentlassungen auf den Redaktionen stoppen.**
- **Abkehr von blinder Automatisierung durch KI auf den Redaktionen:** Nur von Menschen gemachter und verifizierter Journalismus verdient diesen Namen und schafft Vertrauen in die Medien.
- **Ausbau der eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Journalismusförderung,** insbesondere für die kleinen Medienhäuser und des Lokaljournalismus; Schutz und Stärkung des medialen Service public und Sicherung seiner Finanzierung. (isc)

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Peter Bodenmann

Der Weg ist frei für Wind and Sun:
In Texas wurden gerade Öl und Gas abgewählt

Der US-Bundesstaat Texas hat in Sachen Ressourcen fast alles: Öl, Gas, Sonne und Wind. Donald Trump und der bisherige texanische Gouverneur Greg Abbott setzten aber alles auf fossile Brennstoffe. Jetzt ist Abbott abgewählt und die Latina Gina Hinojosa neue Gouverneurin von Texas. Für die erneuerbaren Energien bedeutet dies: Rücken- statt Gegenwind.



WIND AND SUN, BABY: Texas kann mit der Sonne mehr Strom erzeugen, als alle in den USA pro Jahr verbrauchen werden. FOTO: ADOBE STOCK

Wir erleben mehr als turbulente Zeiten: In Ungarn ist der nationalkonservative Viktor Orbán weg, in Brasilien kommt Lula da Silva wieder, er hat sich gegen den ultrarechten Flávio Bolsonaro durchgesetzt. Und der ist nun auf der Flucht zu seinem Daddy. In Serbien ist der Autokrat Aleksandar Vučić weg, zumindest vorerst. Und in Israel wird der rechtsextreme und ultranationalistische Benjamin Netanjahu nächstens ebenfalls weg sein, wenn Oppositionspolitiker Gadi Eizenkot, der jetzt mit der Regierungsbildung beauftragt ist, mit den arabischen Parteien klarkommt. Und schliesslich hat Donald Trump in den USA soeben Kongress und Senat verloren. Und was viel wichtiger sein wird: Texas.

An den Börsen verlieren die Tech-Aktien 4000 Milliarden Franken. Dies, weil die Demokraten vielleicht die künstliche Intelligenz ein wenig regulieren werden, was ich bezweifle. Denn Unternehmer, auch Techunternehmer, sind Opportunisten und Stehaufmännchen. Musk, Zuckerberg & Co. werden neue Pferde reiten. Die haben kein Schämdi!

RÜCKENWIND. Texas, dieser nach Kalifornien zweitwichtigste Bundesstaat der USA, hat in Sachen Ressourcen fast alles: Öl, Gas, Sonne und Wind. Trump und der texanische Gouverneur Greg Abbott haben trotzdem alles auf die fossilen Brennstoffe gesetzt. Ihr Motto: Drill, Baby, drill! Sie kämpften – wo und wie sie nur konnten – gegen die neuen, erneuerbaren Energien, denen ökologisch und ökonomisch die Zukunft gehört. Auch und gerade in Texas. Und jetzt ist Abbott abgewählt.

Neu wird die Latina und Demokratin Gina Hinojosa für die kommenden sechs Jahre (!) Gouverneurin des Südstaates. Und viele energiepolitisch wichtige Entscheide werden nicht im fernen Washington getroffen, sondern in sonnigen und windigen Gegenden wie Texas. Hinojosa wird also die Bremsen bei den neuen, erneuerbaren Energien nicht anziehen, sondern lockern. Das bedeutet Rücken- statt Gegenwind.

Die reichen Menschen in Texas sind pragmatisch, opportunistisch und deshalb ökonomisch recht erfolgreich. Sie werden ihr Geld jetzt in jene Energieprojekte investieren, denen die Zukunft gehört. Sun and Wind, Baby, Wind and Sun! Zu Recht, denn Texas kann siebenmal mehr Strom mit der Sonne produzieren, als die gesamten USA benötigen. Und mit dem Wind den gesamten Strombedarf von 150 Millionen US-Amerikanerinnen und -Amerikanern decken. Deshalb hat sich Texas trotz Trump und Abbott zum «grünen Powerhaus» entwickelt. Die installierte Leistung der Windkraftanlagen beträgt heute bereits 42 000 Megawatt. So viel wie 40 Mal Gösgen.

MUSKS MILLIONEN. Und noch nicht genug der Good News: Solarpanels werden laufend effizienter. Die Module von Aiko Solar und Trina Solar liegen bereits über 25 Prozent Wirkungsgrad. Und nächstens werden Tandemzellen die Grenze von 30 Prozent überspringen. Vielleicht schon im Jahre 2027. Spätestens aber 2029.

Das ist wichtig, weil Solarmodule pro Watt nicht teurer werden. Sie kosten ab Fabrik in China oder Vietnam relativ konstant 8 bis 12 Rappen. Aber Frau und Mann können auf der gleichen Fläche und mit der gleichen Unterkonstruktion viel mehr Watt pro Quadratmeter installieren. Das heisst: Die Solarenergie wird laufend noch günstiger.

Vergleichbare Fortschritte macht auch die Batterietechnologie. Deshalb werden immer mehr Elektroautos und immer mehr Elektrolastwagen verkauft. Trump hat mit dem Irankrieg zwei Ziele erreicht: Die Ölpreise sind schneller und stärker gestiegen, als dies die Grünen je verlangt hatten. Und weil die hohen Öl- und Gaspreise die Inflation antrieben, verloren die Republikaner selbst Texas. Zwar wollte Elon Musk, der reichste Mensch der Welt, die Midterm-Wahlen für Trump und die Republikaner retten und investierte 200 Millionen Dollar allein in die Wiederwahl von Abbott. Doch ohne Erfolg: Statt der Rettung gab's eine historische Niederlage.

LINKS:

- **rebrand.ly/john-heartfield**



Dieses Bild macht vieles klarer: Die Kapitalisten sind nicht mehr dick, sondern dünn. Auch dank Abnehmspritzen. Die nationalistischen und fremdenfeindlichen Rechten werden reihenweise abgewählt. Sie sind keine Putschisten, und wir leben folglich nicht in den dreissiger Jahren des letzten Jahrhunderts. Irgendwie auch tröstlich.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**

Klimakonferenz in Antalya: Zahlen und Fakten zur Klimakrise

Hallo Welt, wie geht's?

Hitzetote, Milliardenschäden, schwindende Gletscher, steigende Meeresspiegel: Die Welt fiebert, und zwar massiv. Die Uno-Klimakonferenz in der Türkei sucht Mittel dagegen. Und die Schweiz? Mache genug, findet Umweltminister Rösti, früher Erdöl-Lobbyist.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN



DIE WELT IN DER TÜRKEI: Eine indigene Klimaaktivistin ist nach Antalya gereist, um auf die Folgen der Klimaerwärmung aufmerksam zu machen. FOTO: KEYSTONE

Dass uns die Klimaerhitzung gesundheitlich und wirtschaftlich schadet, sollte spätestens nach diesem Sommer auch in der Schweiz allen klar sein. Nur: Das Klima beeinflusst die ganze Welt, und die ganz Welt beeinflusst das Klima. Deshalb treffen sich seit 31 Jahren Politikerinnen, Wissenschafter und Diplomatinnen zum Weltklimagipfel der Uno. Dieses Jahr findet er im türkischen Antalya statt.

Dort versuchen Vertreterinnen und Vertreter aus rund 200 Staaten, eines der drängendsten und gleichzeitig bestverdrängten Probleme unserer Zeit zu lösen: die stetig voranschreitende Erhitzung der Erde. Was die Konferenz beschliesst, kann völkerrechtlich bindend sein, zum Beispiel das Pariser Klimaabkommen von 2015. Aber den nationalen Regierungen kann sie keine Vorschriften machen, und wenn die Staaten nichts tun, werden sie dafür auch nicht bestraft.

Die Klimakonferenz in Antalya bringt wohl keinen grossen Wurf.

So steht es denn auch ums Weltklima nicht gerade zum besten. Das zeigen diese Zahlen von Uno-Berichten:

+1,55 Grad So viel wärmer ist die Welt im Vergleich zur vorindustriellen Zeit. Und dies, obwohl die Teilnehmerstaaten der Klimakonferenz 2015 beschlossen haben, dass sich die Welt nicht über 1,5 Grad erwärmen darf.

+1,8 Grad Selbst wenn alle angekündigten Klimapläne umgesetzt werden, erwärmt sich das globale Klima um 1,8 Grad.

+2,8 Grad Wenn wir mit den aktuellen Massnahmen weitermachen, dann erwärmt sich auch die Erde weiter. Und zwar um 2,8 Grad bis 2100. Eine Erwärmung um 3 Grad bedeutet für die Schweiz: Dürresommer wie 2026 werden zur Norm.

0% Die Emission von klimaschädlichen Gasen ist 2025 nicht gesunken. Die gute Nachricht: sie sind auch nicht gestiegen.

Aber es gibt auch Entwicklungen, die durchaus Hoffnung machen: 2025 hat die Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen (hauptsächlich Sonnen- und Windenergie) erstmals die Kohle überholt, obwohl der Stromverbrauch insgesamt angestiegen ist. Bei den Ländern mit grossen Emissionen ist die Entwicklung allerdings unterschiedlich: Die US-Emissionen stiegen um 2,2 Prozent (mehr Kohlestrom). Trump lässt grüssen. Der Ausstoss von klimaschädlichen Gasen stieg in China hingegen nur um 0,1 Prozent, in der EU sank er leicht. China und Indien haben bei Solar-, Wind- und Wasserkraft massiv zugelegt. Und Europa hat 2025 erstmals mehr Elektrizität aus erneuerbaren als aus fossilen Energieträgern produziert.

UND DIE SCHWEIZ?

Die Uno hält in ihrem neusten Umweltbericht fest: Länder, die aufgrund ihrer historischen Verantwortung für den Klimawandel und ihrer Fähigkeit, ihn zu bekämpfen, eine grössere Verantwortung tragen, müssen am entschlossensten und schnellsten handeln. Genau das trifft auf die Schweiz zu. Und genau das tut sie unter Umweltminister und Erdöl-AKW-Lobbyist Albert Rösti (SVP) nicht. So bewegt sie sich denn auch in einem internationalen Klima-Ranking im unbefriedigenden Mittelfeld. Und dies insbesondere deshalb, weil Röstis Klimapolitik Bände spricht. Er selbst hat zugegeben, dass die Schweiz ihre Klimaziele bis 2030 verfehlen wird. Vom Hitze- und Dürresommer war er «überrascht», obwohl die Wissenschaft seit Jahren genau davor warnt. Entschlossenen und schnellen Handlungsbedarf scheint er nicht zu sehen. Im Gegenteil: Die Schweiz mache ja schon genug und könne alleine sowieso nichts erreichen, so Röstis billige Ausreden.

In der Schweiz ist zwar der Ausstoss von klimaschädlichen Gasen gesunken. Hauptverursacher sind Verkehr, Industrie und Landwirtschaft. Pikant ist aber: Drei Viertel der klimaschädlichen Emissionen verursacht die Schweiz im Ausland, Tendenz steigend. Flugreisen sind übrigens für rund 10 Prozent der Ausstosses verantwortlich, wobei nur der Ausstoss der Schweizer Fluggesellschaften als Emissionen im Inland gezählt wird.

35 BIS 35

Die Klimakonferenz in Antalya bringt wohl keinen grossen Wurf, obwohl sie mit der Regelung 35 bis 35 (der Anteil von Strom aus Erneuerbaren soll bis 2035 35 Prozent betragen) einen schmissigen Slogan hervorgebracht hat. Aber sie kann die Arbeitsteilung und Koordination zwischen Staaten vorantreiben. Und jene wieder ins Boot holen, die beim Klimaschutz zurückrudern oder die Energiewende verschleppen.

work 1x1 der wirtschaft



Noémie Zurlinden

ARBEITEN AUF ABRUF, LEBEN IN UNSICHERHEIT

Viele Menschen sind in sogenannt atypischen Arbeitsmodellen beschäftigt: Sie haben einen befristeten Arbeitsvertrag, arbeiten temporär oder auf Abruf oder sind unterbeschäftigt, das Erwerbspensum ist also tiefer als gewünscht. Für Arbeitgeber sind befristete Arbeitsverträge oder Arbeit auf Abruf attraktiv, da sie damit eine grosse Verfügungsmacht über die Arbeitnehmer haben. Für die Arbeitnehmerinnen selbst aber bergen diese Arbeitsformen erhebliche Risiken. Die Einkommen sind tief, zudem gibt es kaum Einkommenssicherheit, wenn nur befristet oder temporär gearbeitet wird. Dies wirkt sich auch negativ auf die Renten aus. Atypische Arbeitsmodelle und die damit verbundenen Risiken wirken sich zudem auf die psychosoziale Gesundheit der Arbeitnehmerinnen aus und führen zu Stress. Kurz: Arbeitnehmer in atypischen Arbeitsmodellen sind öfter prekarisiert.

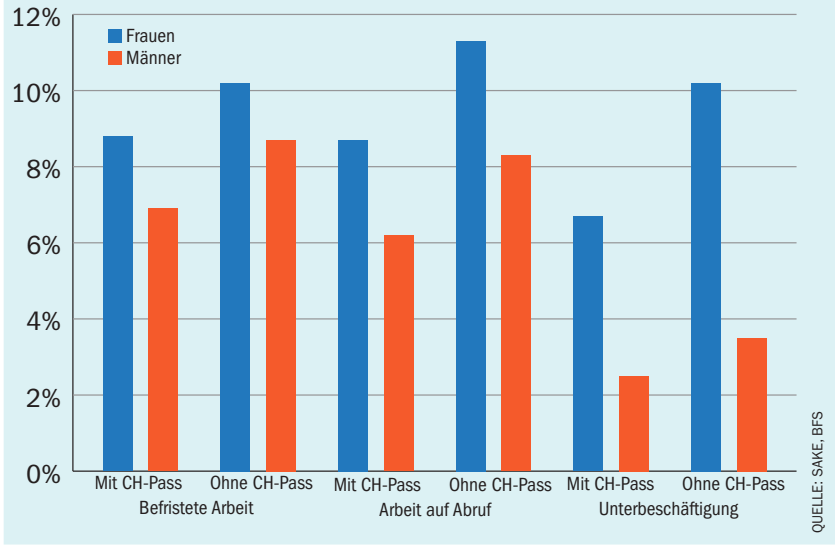
UNTERBESCHÄFTIGT. Besonders betroffen sind Frauen, am stärksten Frauen ohne Schweizer Pass. Diese Ungleichheit und die besondere Prekarisierung von migrantischen Frauen zeigt sich besonders klar bei der Unterbeschäftigung. 6,7 Prozent der Frauen mit Schweizer Pass würden gerne ihr Erwerbspensum erhöhen. Bei den Frauen ohne Schweizer Pass sind es sogar 10 Prozent. Bei den Männern hingegen nur 2,5 bis 3,5 Prozent.

JUST EAT. Zu den atypischen Arbeitsformen gehört auch die Plattformarbeit, zum Beispiel Essenslieferdienste wie Just Eat. Mit der Übernahme des «Uber-Modells» und der Massenentlassung werden die Just-Eat-Kurierinnen und -Kuriere in die Scheinselbständigkeit gezwungen und somit weiter prekarisiert.

EINSCHRÄNKEN. Klar ist: Arbeitgeber sollten nicht mit der Einführung von Scheinselbständigkeit das Arbeitsgesetz umgehen können. Klar ist auch, dass Armut trotz Erwerbsarbeit bekämpft werden muss. Dabei müssen Kleinstpensen und Arbeit auf Abruf eingeschränkt werden. Zudem sind gesetzliche, flächendeckende Mindestlöhne zentral. Denn wenn die Löhne nicht zum Leben reichen, kommt man auch mit einer unbefristeten Vollzeitstelle nicht aus der Erwerbsarmut raus.

Noémie Zurlinden ist Ökonomin bei der Unia.

Besonders betroffen sind Migrantinnen
Anteil Arbeitnehmende in atypischen Arbeitsmodellen, nach Geschlecht und Migrationshintergrund



Vernetzungstreffen

Architekten wollen GAV

Für praktisch das gesamte Bauwesen gibt es Gesamtarbeitsverträge (GAV). Nur die Architektinnen und Architekten sind ohne einheitliche Mindeststandards. Mit Folgen: Einsteigerlöhne liegen nach einer vierjährigen anspruchsvollen Zeichnerlehre nicht selten bei bloss 4000 bis 4500 Franken. Und selbst nach einem zusätzlichen dreijährigen Studium stagnieren die Löhne oft bei 5500 Franken. Dazu kommen Unmengen an Überstunden. In den Büros brodelt's. In Genf gab es 2024 sogar Proteste. Jetzt tut sich auch in der Region Zürich was: Zahlreiche Architektinnen und Architekten sind in den letzten Monaten an die Unia gelangt. Eine Gruppe entstand. Diese diskutiert, was sich ändern muss und wie das gelingen könnte. Das nächste grosse Treffen steht bevor und ist offen für alle Berufsleute.

Montag, 23. Nov., 19 Uhr, Unia-Sekretariat, Strassburgstrasse 11, Zürich. Anmelden unter **rebrand.ly/architreff**

Filmtipp

Eine Perle aus Südkorea

Nach der Serie «Squid Game» und dem Oscar-Gewinnerfilm «Parasite» ist «Possible Love» eine weitere Filmperle aus Südkorea, die mit einem schonungslosen Blick auf die Klassengesellschaft in Korea besticht und nun für den Oscar in der Kategorie «Bester Internationaler Film» nominiert ist. Der Spielfilm erzählt die Geschichte von zwei ungleichen Ehepaaren, deren Lebenswege sich ineinander verstricken, sowie von den Folgen eines dramatischen Arbeitskampfes. Inhaltlich ist der Film an den Streik beim Autohersteller SsangYong Motor angelehnt, wo 2009 aus Protest gegen eine Massenentlassung etwa 1700 Arbeiter das Werkgelände besetzten, das nach 77 Tagen von der Polizei gewaltsam geräumt wurde.



FOTO: ZVG

Possible Love, zu sehen auf Netflix

Stadtrundgang

Die Frauen vom «Chreis Cheib»

Die Büezer trafen sich nach Feierabend in der Beiz. Für die Frauen aber ging die Arbeit nach der Fabrik weiter: kochen, putzen, waschen und dann noch die Kinder versorgen. So ging es zu Beginn des 20. Jahrhunderts – und noch lange danach – auch in Zürich Aussersihl zu. Doch wie haben sich die Frauen gegen Hunger, Preiswucher und übersetzte Mieten gewehrt? Was taten sie gegen ungewollte Schwangerschaften? Und warum hat eigentlich noch niemand der unbekannten Arbeiterin ein Denkmal gesetzt? All das und mehr thematisiert der Verein Frauenstadtrundgang im Rahmen einer historischen Führung auf Einladung des Gewerkschaftsbunds des Kantons Zürich.

Samstag, 5. Dez., 11 bis 12.30 Uhr, Werdplatz beim Arbeiterdenkmal, Zürich. Anmelden unter: **rebrand.ly/chreischeib**



Das offene Ohr

Myriam Muff
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Zu viel Kindergeld: Gibt es Lohnabzug?

Ich bin alleinerziehende Mutter eines siebenjährigen Sohnes und arbeite seit knapp zwei Jahren in einem 70-Prozent-Pensum. Mein Monatslohn beträgt 3900 Franken netto. Nun hat sich herausgestellt, dass mir mein Arbeitgeber durch einen Systemfehler in der Lohnbuchhaltung in den letzten 20 Monaten fälschlicherweise zweimal die Kinderzulage ausgezahlt hat. Die zu viel ausgezahlten Kinderzulagen hat er mir in der letzten Lohnabrechnung auf einen Schlag abgezogen, nämlich insgesamt 5000 Franken. Dies ergibt ein Minus von 1100 Franken, das ich ihm umgehend zurückzahlen soll. Darf mir der Arbeitgeber seine Gegenforderungen auf einen Schlag abziehen, so dass ich nicht einmal meine Fixkosten bezahlen kann?

MYRIAM MUFF: Nein, das darf er nicht. Gestützt auf Artikel 323b des Obligationenrechts muss er Ihnen das betreibungsrechtliche Existenzminimum lassen. Das Gesetz hält fest, dass der Arbeitgeber Gegenforderungen mit der Lohnforderung nur so weit verrechnen darf, als diese pfändbar ist. Davon ausgenommen sind Ersatzforderungen für



JUNGE FAMILIE: Lohnabzüge dürfen das Existenzminimum nicht unterschreiten. FOTO: ISTOCK

absichtlich zugefügten Schaden – was hier nicht der Fall ist. Deshalb muss Ihr Arbeitgeber Ihnen Ihr Existenzminimum lassen. Dieses setzt sich aus dem Grundbetrag zusammen, der für eine alleinerziehende Person sowie ein Kind unter 10 Jahren in der Regel 1750 Franken beträgt. Dazu kommen die Kosten für Miete, Krankenkasse und weitere Fixkosten wie Verkehrsmittel, Schulmaterial und allfällige Kinderbetreuungskosten, abzüglich der Unterhaltsbeiträge durch den Vater des Kindes. Ich empfehle Ihnen, gegenüber Ihrem Arbeitgeber das auf diese Weise errechnete Existenzminimum und den übrig verbleibenden Restbetrag anzugeben und ihn darauf hinzuweisen, dass er die Restschuld auf mehrere Monate verteilen müsse. Notfalls müssen Sie den Lohn bis zum Existenzminimum vor Arbeitsgericht einklagen, wobei es ratsam ist, sich vorgängig von Ihrer Gewerkschaft detaillierter beraten und vertreten zu lassen.

Kündigung: Muss sie schriftlich erfolgen?

Meine ehemalige Arbeitgeberin hat mir die Kündigung mündlich, aber nicht schriftlich mitgeteilt. Ist die bloss ausgesprochene Kündigung gültig?

MYRIAM MUFF: Ja, in der Regel schon. In der Schweiz gilt für die Kündigung eines Arbeitsvertrages grundsätzlich Formfreiheit. Das bedeutet, eine Kündigung kann mündlich oder schriftlich erfolgen, sofern nichts anderes vereinbart wurde. Es kommt somit darauf an, ob im konkreten Fall die Schriftlichkeit der Kündigung vereinbart ist oder nicht. Dazu müssen Sie Ihren Arbeitsvertrag sowie einen allfällig anwendbaren Gesamtarbeitsvertrag konsultieren. Ist für die Kündigung die Schriftform nicht vereinbart, reicht die mündliche Kündigung. Aus Beweisgründen empfiehlt es sich jedoch in jedem Fall, von der Arbeitgeberin eine schriftliche Bestätigung zu verlangen. Zudem muss Ihre Arbeitgeberin die Kündigung schriftlich begründen, wenn Sie von ihr eine Begründung verlangen.

Von Grundversicherung über Telmed bis Franchise: Willkommen beim work-Krankenkassen-Quiz

Kennen Sie sich aus in Sachen Krankenkasse? Machen Sie den Test!

Im Herbst wird viel über die Krankenkasse diskutiert. Doch warum gerade im Herbst? Und was unterscheidet die Grund- von der Zusatzversicherung? Unser Quiz zeigt Ihnen, wie es um Ihr Wissen in Sachen Krankenkasse steht.

MARIA KÜNZLI

1 Wann kann die Grundversicherung der Krankenkasse gewechselt werden?
a) Die Grundversicherung kann einmal pro Jahr auf den 1. Januar gewechselt werden. Die Kündigung muss der Krankenkasse bis Ende November vorliegen.
b) Immer am ersten Montag des Monats kann die Krankenkasse gewechselt werden.
c) Das kommt auf die Konditionen der betreffenden Krankenkasse an.

2 Gibt es Ausnahmen?
a) Nein.
b) Ja, bei einer Franchise von 300 Franken im sogenannten Standardmodell: Dann kann die Grundversicherung auch auf Ende Juni gewechselt werden.
c) Ja, Privatversicherte können ihre Krankenkasse monatlich kündigen.

3 Inwiefern unterscheiden sich die Leistungen der Krankenkassen in der Grundversicherung?
a) In der Grundversicherung gibt es einen Leistungskatalog, der für alle gleich ist, die Leistungen unterscheiden sich also kaum. Unterschiede kann es bei den Kostengutsprachen, zum Beispiel von Medikamenten oder Therapien, geben. Hier haben die Krankenkassen einen gewissen Ermessensspielraum.
b) Jede Krankenkasse definiert die Leistungen für die Grundversicherung selbst.

4 Was muss ich tun, um in die Grundversicherung aufgenommen zu werden?
a) Ich muss nachweisen, dass ich über die finanziellen Mittel verfüge, um die Prämien bezahlen zu können.
b) Ich muss nachweisen, dass ich gesund bin.
c) Die Krankenkassen haben für die Grundversicherung eine gesetzlich vorgeschriebene Aufnahmepflicht, sie dürfen also niemanden ablehnen.

5 Die Grundleistungen sind bei jeder Krankenkasse gleich. Welche Gründe könnte es also geben, um die Krankenkasse wechseln zu wollen?
a) Ein Stellenwechsel könnte ein Grund sein.
b) Der Service, die Prämien und die Versicherungsmodelle sind unterschiedlich.
c) Es gibt Krankenkassen für Berufstätige und Krankenkassen für ältere Menschen. Wer das Pensionsalter erreicht, muss in der Regel auch die Krankenkasse wechseln.

6 Um die Höhe der Prämien zu vergleichen, sind Online-Vergleichsportale praktisch. Spielt es eine Rolle, welchen Prämienrechner ich verwende?
a) Nein, sie beruhen ja alle auf denselben Fakten.
b) Ja, definitiv: Es gibt auf dem Markt kommerzielle und nichtkommerzielle Prämienrechner. Bei vielen kommerziellen Vergleichsplattformen werden in der Standardansicht nur Angebote von Krankenkassen gezeigt, mit denen der Vergleichsdienst zusammenarbeitet und folglich mitverdient, wenn ein Vertrag abgeschlossen wird.

7 Welche Versicherungsmodelle gibt es?
a) Das Standard- und das Alternativmodell.
b) Das Individual- und das Kollektivmodell.
c) Das Economy- und das First-Class-Modell.



HABEN SIE DEN DURCHBLICK? Bei work können Sie Ihr Wissen über Krankenkassen testen. FOTO: SHUTTERSTOCK

WORKTIPP

IHR RECHT AUF PRÄMIEN-VERBILLIGUNG

Die Kantone sind gemäss Krankenversicherungsgesetz (KVG) verpflichtet, die Prämien von Menschen mit geringem Einkommen zu verbilligen. Bund und Kantone finanzieren die Prämienverbilligung gemeinsam. Diese wird von den Kantonen direkt an die Krankenkasse bezahlt. Falls Sie keine Verbilligung erhalten und sich fragen, ob Sie Anrecht darauf hätten, fragen Sie unbedingt nach! Den Kontakt der zuständigen kantonalen Stelle finden Sie hier: **rebrand.ly/praemien-verbilligung**

8 Was ist mit «Telmed» gemeint?
a) «Telmed» ist die Telefonnummer 112, also die allgemeine Notrufnummer.
b) Das ist ein TV-Sender, der sich auf Arztserien und medizinische Dokus spezialisiert hat.
c) Das ist ein Versicherungsmodell. Wer es wählt, zahlt tiefere Prämien, ist dafür aber verpflichtet, zuerst eine Hotline anzurufen, bevor ein Arzttermin vereinbart wird.

9 Wann kann ich die Zusatzversicherung wechseln?
a) Es gelten die gleichen Kündigungsfristen wie bei der Grundversicherung.
b) Bei den meisten Krankenkassen muss die Zusatzversicherung jeweils bis Ende September gekündigt werden.
c) Die Zusatzversicherung kann jederzeit gewechselt werden.

10 Welche Aussage ist falsch:
a) Wer in eine Grundversicherung aufgenommen werden will, muss einen Gesundheitsfragebogen ausfüllen.
b) Wer in eine Zusatzversicherung aufgenommen werden will, muss einen Gesundheitsfragebogen ausfüllen.
c) Wer krank ist oder über 50 Jahre alt, hat es schwerer, in eine Zusatzversicherung aufgenommen zu werden.

11 Welche Faktoren beeinflussen die Höhe der Prämie in der Grundversicherung?
a) Das Alter und das Einkommen.
b) Die Wohnregion und das Versicherungsmodell.
c) Das Versicherungsmodell und die Gesundheit.

12 Was versteht man unter einer Franchise?
a) Die Franchise ist das, was die Chefs der Krankenkassen Ende Jahr zusätzlich zu ihrem regulären Gehalt verdienen.
b) Die Franchise ist der Betrag, den die Versicherten Ende Jahr quasi als Belohnung ausgezahlt bekommen, wenn ihre Gesundheitskosten eine festgelegte Kostenschwelle nicht überschritten haben.
c) Die Franchise ist der Betrag, den man pro Jahr für Medikamente und Behandlungen selbst bezahlt.

Lösungen:
1a, 2b, 3a, 4c, 5b, 6b, 7a, 8c, 9b, 10a, 11b, 12c

FRANCHISE

WAS LOHNT SICH?

Die Franchise kann zwischen 300 und 2500 Franken frei gewählt werden. Erst wenn die Kosten die Franchise übersteigen, übernimmt die Krankenkasse, vorher müssen die Versicherten die Krankheits- und Medikamentenkosten selbst tragen. Je höher die Franchise, desto günstiger ist die Prämie. Doch welche Franchise ist die Beste? Das hängt von den erwarteten Gesundheitskosten und von den finanziellen Verhältnissen ab.

HOCH ODER TIEF? Der Konsumentenschutz empfiehlt: Sind die eigenen Gesundheitskosten höher als 1900 Franken pro Jahr, sollte die tiefste Franchise gewählt werden. Sind die Kosten tiefer, ist die höchste Franchise die beste Wahl. Es bleibt aber immer abhängig von der konkreten Situation. Mit dem Franchisenrechner können Sie die für Sie passende Franchise ermitteln: **(rebrand.ly/franchisen-rechner).** Auch wenn sich mit einer hohen Franchise Geld sparen lässt: Sie sollten sich bewusst sein, dass immer auch unerwartete Gesundheitskosten anfallen können und dass Sie die Franchise einschliesslich Selbstbehalt – also bei der höchsten Franchise insgesamt 3200 Franken – selbst berappen müssen. (mk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



DRUCKERPATRONEN: Die Originalprodukte gehen ganz schön ins Geld. FOTO: ISTOCK

Drucker: So können Sie viel Geld sparen

Wer zu Hause druckt, stellt fest: Die Kosten für das Verbrauchsmaterial übersteigen rasch den Anschaffungspreis eines Druckers. Geld sparen kann, wer auf Alternativen zu Originalpatronen setzt. So kostet zum Beispiel die schwarze Tonerkartusche für einen «Laserjet» von HP direkt beim US-Hersteller einschliesslich Versand 58.90 Franken. Auf der Seite Peachstore.ch finden Sie die wiederbefüllte Kartusche einschliesslich Versand für 31.50 Franken. Wenn Sie in den Shops nach günstigeren Alternativen zu Originalpatronen suchen, sollten Sie bei Tintenprodukten auf die Füllmenge achten. Bei unterschiedlichen Tintenmengen müssen Sie die Preise zuerst auf die gleiche Menge umrechnen, um sie zu vergleichen.

Sie sollten keine grosse Menge kaufen, bevor Sie die Patronen geprüft haben.

KUNDENDIENST. Bei den Internetseiten Peachstore.ch, Peachpatronen.ch und Tonerdruck.ch handelt es sich um Angebote von Händlern, die sich auf den Verkauf von Tonern und Tintenpatronen spezialisiert haben. Sie bieten neben günstigen Patronen auch einen Kundendienst.

Das ist unter anderem deshalb relevant, weil einige Druckerhersteller die Verwendung von Fremdpatronen oder wiederbefüllten Kartuschen erschweren oder verhindern. Zwei Patronenhändler sagten auf Anfrage, dass Druckerhersteller Software einsetzen, die Fremdpatronen nicht akzeptiert. Deshalb sollten Sie keine grosse Menge davon kaufen, bevor Sie geprüft haben, ob der eigene Drucker die Patronen oder Kartuschen überhaupt akzeptiert.

THOMAS SCHWENDENER



SPRICHT AUS ERFAHRUNG: Rapper Stress steckte selber in Depressionen. Wie er sie überwunden hat, erzählt er in seinem Buch. FOTO: ZVG

«Wie mit Stress umgehen»: Das

Stress beschreibt, wie Heilung gelingen kann

Buch von Rapper Stress ist ein offener Erfahrungsbericht

Der Schweizer Rapper Andres Andrekson alias Stress litt jahrelang unter schweren Depressionen und chronischen Rückenschmerzen. Im Buch «Wie mit Stress umgehen» beschreibt er, was ihm schliesslich geholfen hat. Er gibt Einblick in sein Leben und praktische Tipps für Betroffene.

MARIA KÜNZLI

Du kannst das nicht. Du bist nicht gut genug. Viele Menschen sind sich selbst die grösste Kritikerin oder der grösste Kritiker. Wir alle haben eine innere Stimme, die uns nicht immer guttut. Wird die Kritikerin zu gross, entsteht Stress – der irgendwann in Depression und Krankheit münden kann. Dass jemand mit inneren Dämonen kämpft, ist ihm nicht immer anzusehen. Auch dem Schweizer Rapper Stress sieht man es nicht an, dass er schwierige Jahre hinter sich hat: Von aussen gesehen führt der erfolgreiche Musiker ein aufregendes Leben auf der grossen Bühne – doch privat litt Andres Andrekson, wie Stress bürgerlich heisst, jahrelang an schweren Depressionen, Angstzuständen und chronischen Rückenschmerzen.

TRAUMA. Über diese Zeit und darüber, wie er einen Weg aus der Negativspirale fand, hat Andrekson ein Buch geschrieben, das diesen Herbst erschienen ist. «Wie mit Stress umgehen» ist eine Mischung aus Erfahrungsbericht, Tagebuch und Ratgeber. In wiederkehrenden «Reflexionen» fasst er die «Lehrblätze» zusammen, in «Werkzeuge» bekommen die Lesenden

Es gibt einen Ausweg, auch wenn der nicht gleich erkennbar ist.

praktische Tipps eines Erfahrungsexperten. Auch sein Kindheitstrauma, von dem der Musiker in seiner Biographie «179 Seiten Stress» bereits berichtet hat, legt er noch einmal offen dar: Aufgewachsen im damals sowjetischen Estland, mit einem erst gewalttätigen und danach abwesenden Vater, kam Andres Andrekson im Alter von zwölf Jahren gemeinsam mit seiner Mutter und der Schwester in die Schweiz. In «Wie mit Stress umgehen» kommen zusätzlich Weggefährten zu Wort: Exfrau Melanie Winiger, Manager Eric Kramer, Produzent Gabriel Spahni und Siiri Andreksons, Andres' Mutter. «Er konnte ein Arschloch sein von beachtlichem Format. Aber er war kein schlechter Mensch», schreibt etwa Melanie Winiger schonungslos. Und seine Mutter erinnert sich: «Als Kind war nichts in seiner Umgebung beständig. Und wenn die Kindheit so verläuft, entwickelt sich der Teil von einem, der später das erwachsene Ich formt, nicht so stark, wie er es hätte tun können.»

ATMEN. Und wie hat Stress nun seinen Stress überwunden? Mit einer Therapie und Tricks, über deren Banalität sich der 49jährige im Buch selbst immer wieder wundert: genug Schlaf, kein Alkohol, keine Drogen, Yoga, Spaziergänge in der Natur, Übungen in Dankbarkeit. Und immer wieder: Atmen. Ein und aus. Und vielleicht macht gerade das dieses Buch so wertvoll. Die Erkenntnis, dass auch kleine Schritte viel bewegen können. Dass es einen Ausweg aus der Depression gibt, auch wenn er nicht von Anfang an erkennbar ist. Dass Heilung nicht linear verläuft. Und dass es okay ist, sich Hilfe zu holen.



Andres Andrekson: **Wie mit Stress umgehen.** Echtzeit-Verlag, Basel 2026. 144 Seiten. 34 Franken

AUSSTELLUNG

STRESS TRIFFT ALLE

Herzklopfen vor dem nächsten Test in der Schule, Streit am Familientisch, eine übervolle Agenda im Job: Stress kennt jede Generation – und er entsteht oft dort, wo uns andere Menschen wichtig sind. Das Berner Generationenhaus geht dem Phänomen in einer kürzlich eröffneten Ausstellung auf den Grund. Sie fragt, wann Druck beflügelt und wann er erdrückt, warum die Last ungleich verteilt ist und wie wir unterstützen können. (mk)

Ausstellung: Bis 6. Februar 2028. Infos: **begh.ch/stress**

Stiftinnen fragen – die Unia rät

Darf ich zur Demo?

«Ich möchte an der Demo zum Jugendstreik am 20. November teilnehmen. Aber ich habe gesehen, dass die Polizei vor möglichen Konsequenzen warnt. Darf ich trotzdem hingehen?»

Zunächst einmal solltest du wissen: Demonstrieren ist ein Grundrecht, das durch die Schweizer Bundesverfassung (Art. 16 und 22) geschützt ist. Du hast also das Recht, an einer friedlichen Demo teilzunehmen, aber auch dazu aufzurufen und Aufrufe zu Demonstrationen zu teilen, zum Beispiel in den Social Media. Das gehört zu deiner Meinungsäusserungsfreiheit.

Allerdings entbindet dich die Teilnahme an einer Demo nicht automatisch von deinen beruflichen oder schulischen Pflichten. Viele Mobilisierungen finden deshalb am späten Nachmittag oder Abend statt.

Wichtig ist auch zu wissen, dass Demos in der Regel eine Bewilligung benötigen. Das bedeutet jedoch nicht, dass eine nicht bewilligte Demo automatisch verboten ist und die Teilnehmenden bestraft werden. Die Behörden müssen das Recht auf friedliche Versammlungen und den Grundsatz der Verhältnismässigkeit respektieren. Je nach Umständen sind Sanktionen dennoch möglich.



Félicia Fasel, Jugendsekretärin.

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an **jugend@unia.ch**

workrätsel Gewinnen Sie einen Jabra-Evolve3-Kopfhörer!



Ob bei der Arbeit oder in der Freizeit: Mit dem von der WAGNER AG offerierten Jabra Evolve3 85 MS Stereo ANC Black (Bluetooth, USB-C) im Wert von 343 Franken hören Sie alles glasklar – jederzeit und überall.

WAGNER
IT | PROJEKTE | OUTSOURCING

kurze, spontane Demo	↓	↓	eingelegte Blütenknospe	Wirkstoff in Teeblättern	Annehmlichkeit	↓	↓	Heim für Obdachlose	Zeitungskonsument	dt. Vorsilbe	Optimum: das … vom Ei	↓	internat. Autorenverband	↓	Vereinigung, Bündnis	brauchbar sein (sich …)	am.-engl. derb für Hintern	Doppelkonsonant
still, ohne Geräusch →	5			▼				rasten, kampieren →	▼	▼	▼				illegales Geschäftsmodell; «Just …» →	▼	▼	▼
internat. Presseagentur →			Weinstöcke		hundeähnliche Raubtiere →								Vogel, Aasfresser		Jetztzustand →			7
aneinandergereiht →		2	▼					Weissager		streng, steif		Schlaginstrumente →	▼	4				grammat. Geschlecht
→					Wasservogel		Politische Kehrtwende in … →	▼							unverschlossen		möglich	▼
Mehr Lohn für die …-Büezer		kleinste organische Einheit		alles Stoffliche →	▼							fruchtbare Wüstenstellen		langweilig →	▼		▼	
amerik. Kleinkatze →		▼				Wahrnehmungskanäle		Schönheitsfehler		aufmachen →		▼						
→				laute Mitteilungen		Veranstaltung an der Uni →	▼							geistl. Amtsbezirk		Augenblick, im …	→	
über uns, in der Höhe	Stadt an der Weichsel (Polen)		einspuriges Fahrzeug →	▼			8				Netzhaut des Auges		Schiffsetagen →	▼				
Kralle →	▼			6		Bündner Wintersportort		Teil der Geige		Ansprachen →	▼					Spinnentier		Hundelaufband
→			schweiz. Unfallversicherer		Geltung, Ruf →	▼		▼				10	ital.: Sonne		Körperfleck →	▼		▼
Flächenmass		unwirklich →	▼			1				Glocke e. brit. Uhr: Big …		ironisch-witzige Darstellung →	▼					
Erwerb von Waren →					Abk.: République française		sächl. Fürwort		nordamerik. Wildrind →	▼			9		Ausruf		männl. Fürwort	
Oh, là, là, …!		an einen anderen Ort bringen →	3		▼		▼					kleine Gartenhäuser →	▼		▼		▼	
→				abgeschrägte Kante →	▼				Ordnung v. Lebewesen →	▼								

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 13
Das Lösungswort lautete: JUBILAEUM

	K	I				S	E					E		E					
	A	N	S	T	A	T	T		A	U	S	R	U	F		A	R	T	
	R			H		A	N	T	L	I	T	Z		F		B	A	T	
A	N	A	C	O	N	D	A		L		E		S	E	L	I	G		
	E	B	E	N		I		V	E	R	A	R	M	T		T		K	
	V		L		P	O	L	E	M	I	K		A		K	U	H	N	
B	A	L	L	E	R	N		S		O		A	R	T	E	R	I	E	
B	L	E	I		E		S	U	B	J	E	K	T		F		E	T	
		V		G	I	N	E	V	R	A		K		N	I	E	R	E	
	P	E	E	R	S		G		A		A	U	T	O	R		H		
L	O	L		O		B	E	R	E	I	T	S		T		B	I	S	
	M		S	T	A	R	L	E	T		L		T	A	L	E	N	T	
	E	T	A	T		U		B		D	A	U	E	R		I		A	
	L		C	O	U	C	H	E	P	I	N		R	E	I	Z	E	N	
B	O	C	K		R	H	I	N		A	T	O	M		V	E	R	S	

DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Beatrice Bouduban, Brügg BE Herzlichen Glückwunsch!

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

Lösungswort einsenden an: work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 3. Dezember 2026

INSERAT



Der Ständerat behandelt im Dezember die Umsetzung der Pflegeinitiative. Wir machen vorher nochmals Druck.
Komm mit uns nach Bern am 28. November!

Sei dabei!

WORKLESERINNENFOTO



Der Tanz der Möwe

WANN 9. November 2026
WO Thun
WAS Der Moment, in dem die Möwe vom Wasser aus in die Lüfte steigt
Eingesandt von Denise Borer, Moosseedorf BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 13 / 29.10.2026: «7 FRANKEN IM MONAT FÜR EINE 13. AHV-RENTE»

Angriffe auf die AHV

Ein Rückblick in die Geschichte zeigt, dass seit 1925, als das Volk die Verfassungsgrundlage für die AHV beschloss, es immer die gleichen politischen Kräfte sind, die die AHV verhindern oder zu schwächen versuchen. Sei es bei den verschiedenen AHV-Revisionen, der 13. AHV oder jetzt bei der Finanzierung. Was treibt die bürgerliche Mehrheit an, die Versicherung mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis, die AHV, zu sabotieren? Sie sähen die Milliarden der Altersvorsorge lieber in privater Hand, sprich bei der 2. und 3. Säule, bei den Banken und Versicherungen. Dort können Bonus-Bolzer (Abzocker), Berater und Verwalter aus dem Vollen schöpfen und abkassieren. Dies ist alles Geld, das am Schluss den Versicherten fehlt. Die bürgerliche Mehrheit zeigt wenig Bedenken, Milliarden lockerzumachen, wenn es darum geht, ihre eigenen Interessen zu sichern. Stichwort Bankenrettung «too big to fail» oder auf deutsch «zu gross zum Scheitern». Weiter bereitet es diesen Damen und Herren wenig Mühe, seit Jahr und Tag den Superreichen Steuergeschenke zu machen, obwohl es in der Verfassung den Art. 127 Abs. 2 gibt, der unter anderem besagt, dass der Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu beachten ist. Weiter schuldet die IV der AHV über 10 Milliarden. Kein Thema, würde aber mehr als zwei Jahre reichen um die 13. AHV zu bezahlen. Obwohl mich der Kompromiss mit der Mehrwertsteuererhöhung auch nicht so begeistert, lege ich ein überzeugtes Ja in die Urne. Wir brauchen eine solide AHV!

RUEDI AMREIN, WILCHINGEN SH

Das ist unsozial

Daniel Lampart kann es drehen und wenden, wie er will, die Mehrwertsteuer ist und bleibt unsozial. Steuergerechtigkeit bedeutet, dass die Steuersätze umso höher sind, je höher das Einkommen ist. Das ist bei der Mehrwertsteuer nicht so. Zudem würgt die Mehrwertsteuer den Konsum ab und treibt die Inflation an.

TONI STADELMANN, ZÜRICH

Die Reichen in der SVP

Natürlich bekämpfen die Rechten die AHV, in der SVP sitzen ja auch reiche Leute, die keine AHV benötigen. Tax the rich. Man kann die Reichen besteuern und davon die 13. AHV-Rente finanzieren. Reiche Rentner helfen nämlich den armen Rentnern nicht.

KATA KATA, VIA INSTAGRAM

Hinterhältig

SVP und FDP wollen, dass die AHV finanzielle Probleme bekommt und das Rentenalter erhöht werden muss. Hinterhältige Lügen.

FRITZ WYSS, VIA INSTAGRAM

Macht mehr für Familien

Man setzt grundsätzlich am falschen Hebel an, um die AHV langfristig zu sichern. Diese kann nur durch eine breite und umfangreiche Verbesserung der Familienpolitik erfolgen. Die Geburtenrate sinkt jährlich, was die AHV mehr gefährdet als alles andere. Es muss viel mehr für Familien getan werden. Angefangen bei Elternzeit, Teilzeitmodellen, kostenlosen Krankenkassen, ÖV für Kinder bis 18 Jahre, 100% Arbeitslosenentschädigung, einem Monatslohn Abfindung je Angestelltenjahr bei Kündigung, besserer Bildung und mehr Flexibilität bei der Förderung.

SWISSRUGGED, VIA INSTAGRAM

WORKZEITUNG.CH / 16.11.2026: MÄNNERDEMO GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Ich danke euch

Ein Danke an jeden Mann, der sich solidarisch unserem Kampf gegen Ungerechtigkeit, verharmloste Gewalt und patriarchale Strukturen angeschlossen hat. Ihr habt gezeigt, dass es wirklich «nicht alle Männer» sind. Obwohl ich nicht glaube, dass einer, der diesen Spruch sagt, an der Demo war.

ANDZGI, VIA INSTAGRAM

Tut gut

Es tut gut, den Männern zuzuhören und sie mit den Schildern zu sehen.

CLAUDIA BEBUE, VIA INSTAGRAM

Das war mega stark

So viele tolle Männer. Danke für die Solidarität. Mega stark.

LEA, VIA INSTAGRAM

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an
work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16





PATRICIA OBERLIN

PFERDE UND FEUER-WEHR

Patricia Oberlin wohnt in einem Wohnblock in Ziegelbrücke SG. Aufgewachsen ist sie in der Linthebene in Siebnen SZ, wo sie bereits ab dem Alter von neun Jahren auf dem Pferd unterwegs war. Dies bleibt bis heute ihr liebstes und teuerstes Hobby. Mit ihrem Islandpferd ist sie mehrmals pro Woche draussen auf Spaziergängen.

TECHNIK. Zudem engagiert sich Oberlin auch in der freiwilligen Feuerwehr in Schänis SG. Das ist ein kleiner Nebenverdienst und gleichzeitig ein Ort für soziale Kontakte. Oberlin interessiert sich auch für Eventtechnik und hilft zwischendurch bei Dorffesten und Parties aus.

FANTASY. Die Lieblingsbücher von Oberlin sind die «Harry Potter»-Bände, «Der Hobbit» und «Der Herr der Ringe.» Zu Weihnachten wird sie mit ihrer Schwester sowie Kolleginnen und Kollegen nach Davos fahren. Das grosse Ferienziel bleibt aber Island, wegen der urtümlichen Landschaften und für Wanderungen mit und ohne Pferd.

Patricia Oberlin (29): Von der Bauspenglerin zur Lokführerin und Gleisbauerin

«Das Schienen-Schweissen ist wie ein Vulkan, wunderschön!»

Patricia Oberlin ist eine der wenigen Frauen, die für die SBB Lokomotiven rangieren und Gleise reparieren. In der Nacht, sagt sie, liefere ihre Arbeit ein besonderes Spektakel.

IWAN SCHAUWECKER | FOTOS RAJA LÄUBLI

Die brütende Hitze des Sommers 2026 hat Patricia Oberlin hautnah miterlebt: «Ich war bei über 33 Grad auf Gleisbaustellen. Zum Glück konnten wir uns oft in den Schatten stellen und auch viele Trinkpausen machen.» Neben dem obligatorischen Helm mit Nackenschutz stellten die SBB auch Sonnencrème und Wasser zur Verfügung. Für Oberlin war es der erste Sommer draussen auf den Bahntrassees. Im Frühjahr 2025 hat die gelernte Bauspenglerin mit ihrer Ausbildung bei den SBB begonnen, zuerst als Quereinsteigerin zur Lokomotivführerin und jetzt auch noch als Gleisbauerin. Gewechselt habe sie aus mehreren Gründen, sagt Oberlin: «Ich wollte einen etwas sichereren Job als zuvor als Bauspenglerin auf dem Dach. Ich wollte auch mehr im Team arbeiten und nicht mehr ständig draussen arbeiten müssen.» Zuerst habe sie sich für Lokführerin im Personenverkehr interessiert, dann aber gemerkt, dass die Arbeit für die SBB-Infrastruktur abwechslungsreicher sei.

AUSBILDUNG. Als Lokführerin fährt Oberlin das Baumaterial zu den Baustellen: Das sind Schienen, Schwellen, Weichen und Schotter bis hin zum Baukran, mit dem das tonnenschwere Baumaterial am richtigen Ort plaziert werden kann. Die Ausbildung zur Lokführerin ist aufwendig, mit viel Theorie und Praxis: «Da lernst du nicht nur rangieren, sondern auch, wie die Planung funktioniert und wo du die Lok parkieren musst», sagt Oberlin. Denn jeder Bahnhof hat seine Eigenheiten, und fast überall herrscht Platzmangel. Trotz guter Planung müsse sie am Ende der Schicht manchmal schauen, wo es überhaupt noch Platz für den Bauzug habe. Wichtig sei auch, dass sie genau wisse, auf welchen Bahnwagen welche Maschinen seien, welches Material drauf sei, und auch über die Gefahrenstoffe wisse sie Bescheid. Alles muss genau dokumentiert sein, damit die Übergaben gut funktionieren und die Sicherheit gewährleistet ist.

ROTTE. Das Bauteam, das im Gleisbau-Jargon auch «Rotte» genannt wird, kommt meist mit dem Bus oder Arbeitsauto zur Baustelle. Die SBB arbeiten auch mit privaten Gleisbauern zusammen, welche die Bauteams ergänzen. Die Baustellenplanung ist komplex, weil viele Sanierungen der Gleise bei laufendem Bahnbetrieb stattfinden müssen und es auch nur eine begrenzte Zahl der spezialisierten Baumaschinen gibt. Für die Arbeiten auf dem Gleisfeld gelten aus Sicherheitsgründen strikte Vorgaben. So werden die Mitarbeitenden vor Starkstrom, vorbeifahrenden Zügen oder sonstigen Arbeitsunfällen geschützt. «Vor allem auf grösseren Baustellen, wo bis zu 20 Personen und auch selbstfahrende Bagger im Einsatz sind, müssen wir gut aufeinander schauen», sagt Oberlin.

KRAFT. Bei der SBB-Infrastruktur ist Oberlin als Frau eine Seltenheit. Oberlin sagt: «Ich kenne eine einzige andere Lokführerin, und eine Gleismonteurin habe ich bis jetzt noch gar nie angetroffen.» Von ihren Kollegen fühle sie sich dennoch voll unterstützt. Nur am Anfang, als sie zum Team gestossen sei, hätte sie den Kollegen noch sagen müssen, dass sie auch schwere Dinge tragen könne: «Mit der Arbeit kommt die Kraft, und die ganz schweren Sachen werden mit dem Kran gemacht.» Keine Frau sollte sich von dieser Arbeit abschrecken lassen, findet Oberlin.

NACHTARBEIT. Die Baustellen, auf denen Oberlin zum Einsatz kommt, sind alle in der Ostschweiz in der Umgebung von Pfäffikon ZH, Sargans SG und Rapperswil SG. An diesen drei Bahnhöfen ist ihr Team stationiert. Gearbeitet wird im Schichtbetrieb. Oberlins Tagschicht beginnt zwischen halb sieben und sieben Uhr morgens, die Nachtschicht in der Regel um 21 Uhr. Meist hat sie eine Woche mit Tag- und dann eine Woche mit Nachtschichten. Oberlin sagt: «Besonders gerne arbeite ich in der Nacht.» Nicht nur, weil es dann im Sommer weniger heiss ist und es weniger Zugverkehr hat, sondern auch, weil ihr so am Nachmittag mehr Zeit für ihr Pferd bleibt. Besonders spannend ist die Arbeit in der Nacht, wenn die Schweisser dabei sind: «Wenn die Schienen zusammengeschweisst werden, dann ist das wie ein Vulkan, wunderschön!»

LOHN UND GA. Ein «Bähnler-Fan» war Oberlin vor ihrer Ausbildung bei den SBB nicht. Erst seit sie als SBB-Mitarbeiterin das Generalabonnement als Lohnbestandteil erhält, ist sie regelmässiger mit dem Zug unterwegs. Oberlin ist lohnmässig im Anforderungsniveau E des Gesamtarbeitsvertrages eingestuft. In dieser Lohnklasse beträgt der Mindestlohn 4344 und der Maximallohn 6375 Franken brutto pro Monat. Auch während der neunmonatigen Ausbildung hatte Oberlin bereits Lohn erhalten, sie musste sich aber dazu verpflichten, nach dem Abschluss mindestens drei Jahre bei den SBB zu bleiben.



GUT AUSGERÜSTET: Im Lager von Gleisbauerin Patricia Oberlin und ihrer Kollegen finden sich grosse Schneidemaschinen, dicke Ketten und Schleppseile, aber auch die Sicherheitsausrüstung wie der Helm darf nicht fehlen.

Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch; Yael Yimam, yaelyimam@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Bengt Sigvardsson, Clemens Studer, Noémie Zurlinden **Gestaltung/Layout** Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Horly Roncaglioni, verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Horly Roncaglioni, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia